Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Standort- und Situationsanalyse

Landkreis Hildburghausen

Januar 2012

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wird durch das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit gefördert.

Freistaat Thüringen
Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

Standort- und Situationsanalyse für den Landkreis Hildburghausen

---

1. Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

2. Der Landkreis Hildburghausen in Zahlen

3. Zielstellungen des Programms für den Landkreis Hildburghausen und bisherige Aktivitäten

4. Analyse der Befragungen zur aktuellen Situation im Landkreis Hildburghausen

    4.1 Wirtschaftliche Entwicklung und ökonomische Basis im Landkreis Hildburghausen

    4.2 Soziale Strukturen, Probleme und Handlungsbedarfe in den Gemeinden

    4.3 Rolle der Kommunalpolitik, Wahlen und Tendenzen

    4.4 Ehrenamtliche Tätigkeit und Vereinsleben in den Städten und Gemeinden des Landkreises Hildburghausen

    4.5 Feststellung extremistischer Strukturen

    4.6 Einbindung von sozial Benachteiligten

    4.7 Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in den Städten und Gemeinden des Landkreises

    4.8 Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an unseren Schulen

5. Empfehlungen zur Umsetzung des Landesprogramms für den Landkreis Hildburghausen

1. Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

---

Im Dezember 2010 hat die Thüringer Landesregierung das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ beschlossen. Es enthält die Grundsätze, Ziele und konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, und verdeutlicht die Mischung aus Prävention, Intervention und Repression, die in Thüringen verfolgt wird.

Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Thüringer Ministerin für Familie, Soziales und Gesundheit, Heike Taubert, hat das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vorgestellt.

„Thüringen hat nun ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Das ist eine gute Sache. Damit ist der Startschuss gegeben, nun auch fiskalisch untersetzt den Rechtsextremismus auf breiter zivilgesellschaftlicher Ebene wirksam zu bekämpfen. Denn rechtsextreme Einstellungen haben leider ein breites Potential in der Mitte unserer Gesellschaft“, so Taubert in Erfurt.

Mit dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wirkt die Landesregierung präventiv gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt. Ziel ist es, im Rahmen eines Lokalen Aktionsplanes (LAP) Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit als zentrale Werte der Gesellschaft zu festigen, für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben vor Ort.

Das Landesprogramm wird mit insgesamt 2.635 Mio. Euro finanziell untersetzt und steht auf den drei Säulen Bildungsarbeit, Unterstützung bestehender Programme und Stärkung der lokalen Ebene. Das Landesprogramm wird bereits erfolgreich agierende Strukturen stützen, etwa die Opferberatung, die Ausstiegsprogramme und die Mobile Beratung.

Gerade die Zivilgesellschaft wird gestärkt. Lokale Aktionspläne sollen in jedem Landkreis gebildet und gefördert werden, damit vor Ort rechtsextreme Tendenzen schon im Keim erkannt und auf einer breiten Basis bekämpft werden können.

„Wir müssen mehr denn je darauf achten, dass sich das schleichende Gift Rechtsextremismus nicht weiter verbreitet. Wir müssen hinschauen, nachfragen, bewusst darauf aufmerksam machen und selbst aktiv werden. Das Landesprogramm kann und soll einen Beitrag dafür leisten“, so Heike Taubert.

Jede demokratiefeindliche Aktion findet an einem konkreten Ort statt und fordert die lokalen Akteure zu Reaktionen heraus. Die Kommune ist daher der entscheidende politische Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gelebt wird. Kommunale Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft für ein solches Handeln zu befähigen, ist somit ein zentrales Ziel des Landesprogramms.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Freistaat Thüringen ist vor dem Hintergrund der Geschichte, der aktuellen Probleme und der Sorge um eine gedeihliche Entwicklung unseres Gemeinwesens eine besondere gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

In der Regierungserklärung zum Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit heißt es dazu:

„Das Landesprogramm ist der aktuellen Lage und den aktuellen Entwicklungen im Freistaat Thüringen angepasst. Die Gefährdung der demokratischen Kultur geht in Thüringen gegenwärtig vorrangig vom Rechtsextremismus aus.“

Aus unterschiedlichen Quellen (insbesondere Thüringen-Monitor, Verfassungsschutzbericht, polizeiliche Kriminalstatistik und den Wahlanalysen des Landesamtes für Statistik) wissen wir in Thüringen recht genau, wie groß die Potentiale in den Bereichen politische Einstellungen, Organisationen, Wahlen sowie Straf- und Gewalttaten sind. Die Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen wird deutlich, wenn man sich die Zahlen der politisch-motivierten Kriminalität ansieht.

Der Thüringer Verfassungsschutzbericht wies für das Jahr 2004 591 „Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts“ aus. Im Jahr 2001 waren es noch 1.313 Straftaten gewesen. Seit 2004 stieg deren Anzahl wieder kontinuierlich an auf mittlerweile 1.213 im Jahr 2009.

Bezogen auf die Einwohnerzahl sind rechtsextrem motivierte Straftaten in Thüringen deutlich häufiger als im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer.

Das gilt auch für rechtsextrem motivierte Gewalttaten, die zuletzt knapp vier % aller rechtsextrem motivierten Straftaten ausmachten (2009: 42 Fälle). Der Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern zeigt, dass Thüringen zwar keine Hochburg ist, aber eindeutig ein massives Problem mit rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten hat.

Viele der Gewalttaten richten sich gegen Ausländer. Berücksichtigt man den sehr geringen Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung, so ist das Risiko für einen Ausländer, in Thüringen Opfer einer politisch motivierten Gewalttat zu werden, sehr viel höher als in Westdeutschland. Die Täter sind fast ausschließlich Jugendliche und junge Männer, fast immer mit geringer Bildung."

Wie der Thüringen-Monitor seit Jahren belegt, sind rechtsextreme Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung vorhanden: Zwischen 13 und 23 % der erwachsenen Thüringer neigen solchem Gedankengut zu. Gerade angesichts unserer historischen Erfahrungen ist dies ein erschreckendes Ergebnis.

Glücklicherweise sind derartige politische Einstellungen nicht mit entsprechendem Verhalten gleichzusetzen. Die rechtsextremen Parteien können das latent vorhandene Potential bei weitem nicht ausschöpfen. Aber solche politische Einstellungen können den Boden bereiten und das gesellschaftliche Klima negativ beeinflussen.

In Thüringen sind die Dimensionen des Rechtsextremismus seit Jahren tendenziell rückläufig, ebenso wie der Anteil der Thüringer mit rechtsextremen Einstellungen insgesamt. Bemerkenswert ist insbesondere das Abschmelzen des Personenkreises mit einem verfestigten rechtsextremen Einstellungssystem (von 10 % auf 3 %).

Dass dennoch Teile dieser Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft angenommen werden, zeigt auch ein Blick auf die Verbreitung in unterschiedlichen Gruppen: Männer und Frauen unterscheiden sich nicht bei den Einstellungen, während das Verhalten bzw. die Taten klar männlich dominiert sind.

Gleichzeitig gilt es, mit einem häufig anzutreffenden Missverständnis aufzuräumen: Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene ist keineswegs ein Jugendphänomen, vielmehr sind seit Jahren eher die Älteren anfällig. Einstellungen und Verhalten sind zwei unterschiedliche Dinge, aber die wesentliche Ursache haben sie gemein: die mangelnde Bildung.

Bei der Entstehung oder Verfestigung rechtsextremer Einstellungen spielt in Thüringen wie in Deutschland insgesamt diese mangelnde Bildung eine entscheidende Rolle. Neben dem Bildungsniveau gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die zur Herausbildung rechtsextremer, fremdenfeindlicher, und antisemitischer Einstellungen und Verhaltensweisen beitragen.

Dennoch ist Bildung der Schlüssel zur Erklärung dieses Phänomens und zugleich das beste Mittel, um wirksam gegen rechtsextremistisches Verhalten und entsprechende Einstellungen vorzugehen oder diese gar nicht erst entstehen zu lassen.

Eine Strategie wirkt gegen jede Art von Demokratiefeindlichkeit, nämlich die Prävention. Prävention tritt in erster Linie ein für den Erhalt und die Stärkung unserer demokratischen Gesellschaft. Demokratie erlernen und durch Demokratie erleben, sollte das Leitmotto präventiven Handelns in diesem Zusammenhang sein.

Wer bei dieser Thematik der Prävention nicht den erforderlichen und ihr gebührenden Stellenwert einräumt, der riskiert, die Fundamente unseres demokratischen Rechtsstaats aus dem Blick zu verlieren. Im schlimmsten Fall verursacht die Vernachlässigung von Prävention eine Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens. Bestenfalls bedeutet es das Aufkommen von Gefährdungen, die mit viel Kraft, Aufwand und Kosten mühsam beseitigt werden müssen.

Aus diesem Grunde ist Prävention auch das Ziel, das die maßgebliche Richtung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vorgibt.

Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt der Präventionsmaßnahmen, weil es zu den gesicherten Erkenntnissen gehört, dass in diesem Alter die wesentlichen Grundlagen gelegt werden. Wir wissen, dass rechtsextremes Denken und Handeln häufig mit einem Mangel an Sozialkompetenz einhergeht.

Soziale Kompetenz, Empathie und Konfliktfähigkeit müssen bereits im Vorschulalter gefördert werden, damit Kinder und Jugendliche nicht Gewalt zur Lösung von Konflikten vorziehen. Das Landesprogramm sieht sich diesen Zielen verpflichtet.

Aus den Ergebnissen des Thüringen-Monitors und vergleichbarer Untersuchungen wissen wir aber, dass wir uns nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken können.

Ebenso müssen Familien oder Seniorinnen und Senioren aktiv in die Prozesse integriert werden. Strategien auf der Basis spezifischer Lernkonzepte, etwa aus den Bereichen Gedenkstättenpädagogik oder Anti-Diskriminierungsarbeit, werden mit dem Landesprogramm genauso unterstützt wie demokratiepädagogische Ansätze.

Manchmal müssen die Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus aber deutlich über die Prävention hinausgehen, z. B. bei rechtsextremen Aufmärschen oder Veranstaltungen. Dann ist ein deutliches Abgrenzen und zielgerichtetes Entgegentreten, vor allem gegenüber rechtsextremen Organisationen, Einstellungen und Aktionen notwendig. Intervention verbindet dabei Bildung und Aktion miteinander und leistet eine unmittelbare und direkte Form der Auseinandersetzung.

Auch, wenn der Bereich der Intervention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, kommt den zivilgesellschaftlichen Akteuren, also den Bürgerbündnissen, Netzwerken und Initiativgruppen, den Vereinen und Verbänden, eine besondere Bedeutung zu. Das Landesprogramm unterstützt dabei Initiativen mit dem Ziel der Intervention auf verschiedenen Wegen.

Zur Strukturförderung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit heißt es in der Regierungserklärung:

„Bereits seit vielen Jahren existieren in Thüringen Strukturen der mobilen Beratung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus sowie eine spezielle Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt. Zehn Thüringer Landkreise, Städte oder Gemeinden erarbeiten seit drei Jahren sogenannte Lokale Aktionspläne für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort.

Seit 2008 gibt es beim Landessportbund eine Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus im Sport, seit 2009 ein Eltern- und

Aussteigerberatungsprogramm in Thüringen. Dazu kommen zahlreiche Projekte und Programme, die bislang bereits hervorragende Arbeit bei der Bekämpfung bzw. Prävention von Rechtsextremismus und der allgemeinen Gewaltprävention geleistet haben.“

Im Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden nun einige neue Akzente gesetzt, die Förderung von Strukturen und Projekten baut auf drei Fundamenten auf:

- ***Förderung von Lokalen Aktionsplänen***

Innerhalb der Lokalen Aktionspläne soll die Position der zivilgesellschaftlichen Akteure einschließlich der Bürgerbündnisse vor Ort weiter gestärkt werden. Sowohl die Konzeption als auch die Umsetzung der lokalen Aktionspläne wird dabei durch einen eigens dafür eingerichteten Begleitausschuss bestimmt.

Ziel ist es, dass Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure Hand in Hand und kontinuierlich für die Stärkung demokratischer Strukturen vor Ort sorgen, denn die lokalen Akteure vor Ort, die die Strukturen kennen und die in der Region bekannt und anerkannt sind, wissen am besten, welche Probleme vorhanden sind und mit welchen Mitteln sie gelöst werden können.

Es gilt, diese lokalen Ressourcen aufzubauen und zu stärken. Diese Stärkung und der flächendeckende Ausbau der lokalen Aktionspläne entsprechen dem demokratischen Prinzip eines Strukturaufbaus von unten. Gefragt sind dabei in jedem Fall das Engagement und die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

- ***Stabilisierung, Qualifizierung und langfristigen Sicherung der bereits vorhandenen Beratungsprojekte***

Eine mobile Beratung wird bei Konflikten mit rechtsextremem Hintergrund vor Ort bereits beratend aktiv. Das Team von Mobit unterstützt und mobilisiert lokale Ressourcen und ist landesweit tätig. Opfer rechtsextremer Übergriffe können sich an eine spezielle Opferberatung wenden, die sie betreut, berät und notfalls zur Polizei oder zum Gericht begleitet. Auch hier sollte die enge Kooperation zu den Akteuren der lokalen Aktionspläne angestrebt werden und selbstverständlich sein.

Das Aussteigerprogramm unterstützt diejenigen, die sich aus der rechtsextremen Szene lösen wollen, beim Aufbau eines neuen sozialen Umfelds. Hier werden auch Angehörige beraten, ermutigt und ertüchtigt, den rechtsextremen Kindern bzw. Partnern beim Ausstieg unterstützend zur Seite zu stehen.

Diese zentralen Strukturen der landesweiten Beratung im Freistaat sind auf Landesebene gleichsam entscheidend im Kampf gegen Rechtsextremismus in Thüringen und werden im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verankert und vernetzt.

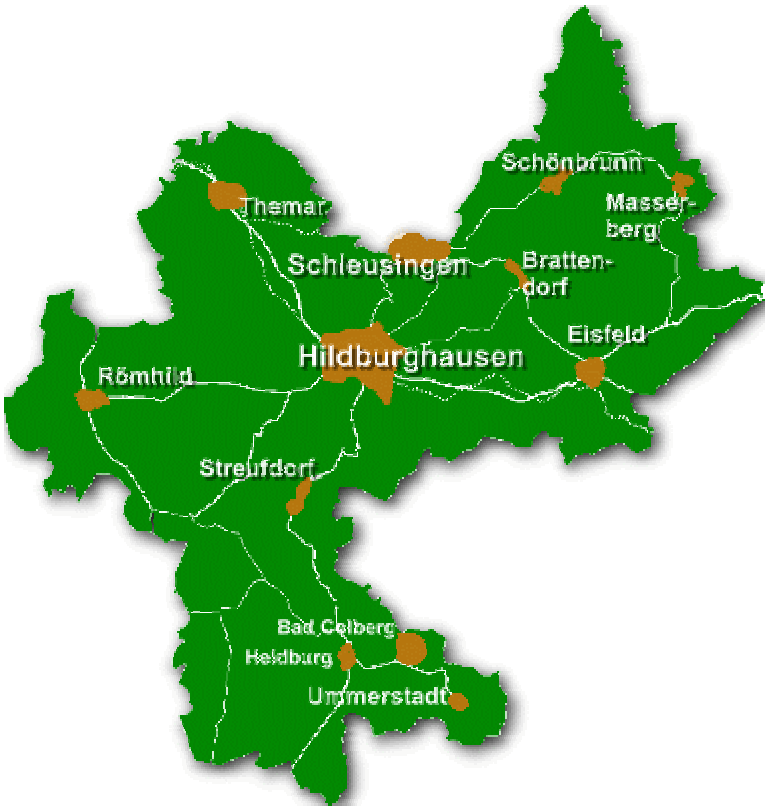
- ***Förderung von Präventionsprojekten***

Hier kann bereits auf zahlreiche gelungene Projekte zurückgeschaut werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Jahr 2008 wurde eine Stelle zur Beratung gegen Rechtsextremismus im Sport innerhalb des Landessportbunds geschaffen. Im Rahmen dieser Beratung werden Trainer und Übungsleiter speziell im Umgang mit Rechtsextremismus im Sportverein geschult. Mittlerweile ist eine solche Unterrichtseinheit in der regulären Trainerausbildung fest verankert und über Veranstaltungen werden zahlreiche Sportlerinnen und Sportler und ihr Umfeld für das Thema sensibilisiert. Im Landessportbund sind etwa 375.000 Thüringer in etwa 3.500 Vereinen organisiert, die also potentiell von der Beratungsstelle erreicht werden können.

Eine weitere Organisation, die flächendeckend in Thüringen vertreten ist, ist die Feuerwehr. Hier ist es bereits gelungen, auch innerhalb des Thüringer Feuerwehrverbands eine Beratungsstelle für den Umgang mit Rechtsextremismus einzurichten. Zahlreiche weitere Präventionsprojekte werden im Laufe des Jahres ihre Arbeit aufnehmen können.

Alle formulierten Ziele im Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gilt es, möglichst rasch, effektiv und mit hoher Qualität in die Tat umzusetzen. Deshalb sind im Landesprogramm eine unabhängige Evaluation und wissenschaftliche Begleitung aller Strukturen und Projekte vorgesehen. Ergebnisse werden öffentlich diskutiert und zur Optimierung der Maßnahmen eingesetzt.

2. Der Landkreis Hildburghausen in Zahlen



- ***Wissenswertes***

Der Landkreis Hildburghausen ist einer der schönsten Landkreise Thüringens und Hildburghausen als Kreisstadt, im Werratal gelegen mit einer barocken Altstadt und einem Renaissance-Rathaus, eine Stadt mit Geschichte, erlebbarer Gegenwart und Zukunft, die ehemalige Residenzstadt im fränkisch geprägten Süden des Freistaates Thüringen.

Die Stadt liegt im Tal der Werra, in etwa 372 m Höhe über NN am südwestlichen Rand des Buntsandsteinlandes zwischen dem Thüringer Wald im Norden und dem Grabfeld im Süden. Nördlich liegt außerdem der Hildburghäuser Stadtwald mit bis zu 550 Meter hohen Bergen. Vom Coburger Land wird die Stadt nach Südwest bis Süd durch den Häselriether Berg (526 m), den Stadtberg (496 m) und den Krautberg (488 m) getrennt.

Hildburghausen besteht aus der Altstadt und der kleineren, 1710 von Hugenotten angelegten Neustadt. Außerdem gehören die Ortsteile

Birkenfeld, Bürden, Ebenhards, Gerhardtsgereuth, Häselrieth, Leimrieth, Pfersdorf, Wallrabs und Weitersroda zur Stadt.

Angrenzende Gemeinden sind Auengrund, Brünn/Thür., Gleichamberg, Kloster Veßra, Reurieth, die Stadt Schleusingen, Straufhain und Veilsdorf.

Die Stadt Hildburghausen trägt mit hohem Aufwand dazu bei, dass im Rahmen der Städtebauförderung historisch bedeutsame Gebäude – wie das Palais Bürgerschule und das Bibliographische Institut „Joseph Meyer“, in dem die Kreisvolkshochschule „Joseph Meyer“ und die Kreismusikschule „Carl Maria von Weber“ das altehrwürdige Brunnquell‘sche Palais zu neuem Leben erwecken – in den vergangenen Jahren grundhaft saniert wurden.

Seit Juli 2001 beherbergt das ebenfalls umfassend restaurierte Rathaus eine der schönsten und auch modernsten Stadt- und Kreisbibliotheken Deutschlands.

Im Oktober 2008 wurde die Sanierung des Stadttheaters, das sich in einem denkmalgeschützten Barockbau von 1721 am Schlosspark der Kreisstadt befindet, abgeschlossen. Das Stadttheater Hildburghausen ist das älteste durchgehend bespielte Theater in Deutschland. Ursprünglich als Ball- und Fechthaus errichtet, wurde es im Jahre 1755 zum Theater umgebaut.

Mit seinem im Original erhaltenen Kerngebäude aus dem Jahre 1721 sowie den Rangmalereien von 1890/91 stellt das Stadttheater ein kulturhistorisches Kleinod dar, das einer besonderen Förderung und Pflege bedarf.

- ***Stadtwappen***

Das Stadtwappen zeigt im Geviert Feld 1 und 4 Blau und Feld 2 und 3 Gold, im ersten und vierten Feld ein silbern-rot-gestreifter, im zweiten und dritten Feld ein schwarzer Löwe mit roter Zunge und Bewehrung, was jeweils zwei Thüringer und zwei Meißner Löwen entspricht.

Dieses Wappen trägt Hildburghausen bereits seit dem Jahr 1374.

- ***Bevölkerungsstatistik***

Unter die 12.000er Marke ist die Kreisstadt in der aktuellen Bevölkerungsstatistik gerutscht, die sich in den letzten Jahren wie folgt darstellt:

2000	12.466 Einwohner
2001	12.457 Einwohner
2002	12.428 Einwohner
2003	12.301 Einwohner
2004	12.330 Einwohner
2005	12.296 Einwohner
2006	12.245 Einwohner
2007	12.112 Einwohner
2008	12.016 Einwohner
2009	12.004 Einwohner
2010	11.946 Einwohner
2011	11.822 Einwohner

Danach hatte Hildburghausen zum 31. Dezember 2011 nur noch 11.822 Einwohner.

179 Sterbefällen im vergangenen Jahr standen nur 92 Geburten gegenüber. Dabei wurden 2011 sogar vier Hildburghäuser mehr geboren als 2010, 45 Mädchen und 47 Jungen. Allerdings lag die Zahl der Sterbefälle auch um zwei höher als 2010, so dass sich am Verhältnis Sterbefälle/Geburten nicht wirklich etwas geändert hat.

Weiter verschlechtert hat sich 2011 das Verhältnis zwischen Zuzügen und Wegzügen. Hielt es sich über viele Jahre die Waage, so zeigte sich schon 2010, dass mehr Leute der Kreisstadt den Rücken kehren, als sie zu ihrem neuen Wohnort wählen.

485 Zuzügen standen damals 512 Wegzüge gegenüber. Zum Stichtag 31. Dezember 2011 sah es noch ungünstiger aus: 610 Frauen und Männer - fast hundert mehr als 2010 - zogen im Vorjahr von Hildburghausen weg. 552 konnten als zugezogen registriert werden.

Dennoch ist Hildburghausen eine der wenigen Städte in unserer Region, der in den nächsten Jahren eine Stabilität bei der Bevölkerungsentwicklung vorausgesagt wird.

- ***Wirtschaftsstandort Hildburghausen***

Als Industriezweig mit inzwischen 150-jähriger Geschichte hat sich die Metallverarbeitung in Hildburghausen am stärksten etabliert.

Heute verfügt Hildburghausen mit dem „Gewerbepark Nord/Ost“ und dem Gewerbegebiet „Schraube“ über zwei moderne Gewerbegebiete, in denen sich viele kleine und mittlere Unternehmen angesiedelt haben. Neben einigen Betrieben der Automobilzuliefer-Industrie und Metallverarbeitung sind weitere Branchen vertreten.

Zusammen mit den zahlreichen regional orientierten Firmen des Baunebengewerbes und Dienstleistungssektors ist die Basis für eine weitere dynamische Entwicklung des Standortes vorhanden

Der Flächenvorrat von 25 ha in beiden Gewerbegebieten (davon 13 ha ausgewiesene Industriefläche) bietet Investoren optimale Bedingungen. Es stehen große zusammenhängende Flächen bis 4 ha zur Verfügung.

Durch die Lage der Gewerbegebiete an der B89 und die Nähe zu den neuen Autobahnen A71 und A73 sind gute Anbindungen in Richtung Erfurt, Nürnberg und Würzburg vorhanden. Mit wirtschaftsfreundlichem Klima in der Stadt, günstigen Steuerhebesätzen und den optimalen Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Land versucht die Kommune, auch zukünftig die Gewerbestruktur durch Neuansiedlungen weiter zu ergänzen und auszubauen

Hildburghausen bietet seinen Bürgern eine unverwechselbare Mischung aus Kleinstadtidylle und Mittelzentrum. Sowohl kulturelle als auch sportliche Angebote bereichern das Leben, die soziale und medizinische Infrastruktur ist gut ausgebaut. Der Handel in der Innenstadt hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt und lädt zum Kaufen und Verweilen ein. Zudem gibt es ein ausgewogenes Angebot an Bauplätzen und Wohnungen.

- ***Arbeitsmarkt***

Die Arbeitslosenquote in Thüringen, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, stieg im Dezember 2011 im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozentpunkte auf aktuell 8,2 %. Die Arbeitslosenquote liegt dennoch 0,7 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

In Thüringen waren Mitte Dezember 96.100 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, 4.400 mehr als im November, aber 9.500 weniger als vor einem Jahr.

„Thüringen hat damit weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote in Ostdeutschland und führt kontinuierlich das Ranking an", erklärte Kay Senius, Chef der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit. Allerdings driftet die Arbeitslosenquote in den einzelnen Regionen des Landes auseinander.

Zehn Landkreise und kreisfreie Städte liegen bei der Arbeitslosenquote im oder gar über dem Durchschnitt im Freistaat.

Die Arbeitslosenquote im Landkreis Hildburghausen betrug im Dezember 2011 5,1 %. Damit liegt der Kreis unter dem Landesdurchschnitt Thüringen von 8,2 % und unter dem Bundesdurchschnitt von 6,6 %.

Die Gründe für die leichte Stagnation auf dem Arbeitsmarkt im Freistaat sieht Senius nicht allein in saisonalen Effekten, die sich jedes Jahr im Winter beobachten lassen. „Wesentlich mehr Einfluss dürfte die Anpassung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente haben. Allein die Arbeitsgelegenheiten sind im Vergleich zum Vorjahr um über die Hälfte reduziert worden", erklärt Senius.

Der Arbeitsmarkt in Thüringen hat sich positiv entwickelt und ist aufnahmefähig. „Dafür spricht: 50 % weniger Menschen in Arbeitsgelegenheiten als noch vor einem Jahr und trotzdem ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Dezember letzten Jahres rückläufig", so Senius.

Der Fachkräftebedarf wird perspektivisch weiter steigen. Unternehmen sind daher zunehmend auf das Potential der Menschen in der Grundsicherung angewiesen. „Sie müssen nun auch denen eine Chance geben, die aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit und Brüchen in der Erwerbsbiografie bisher kaum vom Aufschwung profitiert haben", sagte Senius.

„Die Thüringer Wirtschaft hat ein erfolgreiches Jahr 2011 abgeschlossen und dabei vor allem in Beschäftigung investiert. Diese positive Entwicklung wird sich zwar verlangsamen, wir gehen aber mit vorsichtigem Optimismus in das neue Jahr", so Stephan Fauth, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens.

Da der Fachkräftebedarf im Freistaat steige, seien die Chancen für einen weiteren Beschäftigungsaufbau gut. Allerdings sei Voraussetzung dafür, dass die internationalen Finanzmärkte sich stabilisierten und der Staat mit seiner Politik keine zusätzlichen Risiken aufbaue.

Arbeitsminister Matthias Machnig (SPD) hat für den Thüringer Arbeitsmarkt eine weitgehend positive Bilanz gezogen. „Viel Licht, aber auch Schatten", so lautet sein Fazit für das zurückliegende Jahr.

„Mit Arbeitslosenquoten von zeitweise unter acht Prozent hat sich Thüringen gut entwickelt und Anschluss an das Niveau der alten Länder gefunden", so Machnig. Der Schatten sei die anhaltende strukturelle Spaltung des Arbeitsmarkts: „Vor allem Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte profitieren bisher zu wenig vom Aufschwung am Arbeitsmarkt." Dennoch liegt die Arbeitslosenquote im Freistaat unter dem Schnitt der neuen Länder und ist die niedrigste in einem Dezember seit dem Jahr 1992.

- ***Strukturdaten***

➢ *Die Altersstruktur im Landkreis Hildburghausen*

Altersgruppe	davon männlich	davon weiblich	Anteil an der Gesamtbevölkerung
0 – 25 Jahre	11,04	10,08	21,12 %
26 – 55 Jahre	23,04	20,56	43,60 %
56 und älter	15,64	19,60	35,24 %

➢ *Die Altersstruktur in der Stadt Hildburghausen*

Mehr als 3.360 Kreisstädter sind 60 Jahre und älter. Rund 625 davon sind sogar älter als 80 Jahre. Zwischen 40 und 60 Jahren sind rund 5.300 der Hildburghäuser Einwohner. Zwischen 30 und 40 sind rund 1.550 Frauen und Männer, zwischen 20 und 30 rund 1.680 junge Leute. Dann kommt der große Knick bei den Teenies, den 10 bis 19-jährigen. Das sind nur 850. Kinder zwischen null und zehn Jahren gibt es derzeit rund 930 in der Stadt Hildburghausen.

➢ *Der Kreistag des Landkreises Hildburghausen*

Der Kreistag des Landkreises Hildburghausen befindet sich in seiner 5. Wahlperiode seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Er wird alle 5 Jahre gewählt. Die nächste Kreistagswahl findet 2014 statt. Der Kreistag ist neben dem Landrat ein Organ des Landkreises. Diese Kreisorgane verwalten den Landkreis nach den gesetzlichen Bestimmungen. Er besteht aus 40 ehrenamtlich tätigen Kreistagsmitgliedern und dem Landrat.

Der Kreistag hat die Aufgabe, Entscheidungen im eigenen Wirkungskreis des Landkreises, die so genannten Selbstverwaltungsaufgaben, zu treffen. Dies sind überörtliche Angelegenheiten, deren Bedeutung über das Kreisgebiet nicht hinausgeht.

Beispiele für die Aufgaben des Landkreises sind die Abfallbeseitigung, die Sicherstellung der Krankenversorgung und des Rettungsdienstes, die Schulträgerschaft, der öffentliche Personennahverkehr, die Errichtung von Sparkassen und im Bereich der freiwilligen Aufgaben z. B. die Trägerschaft der Kreisvolkshochschule, der Kreismusikschule, des naturhistorischen Museums Schleusingen u. v. m. Der Kreistag handelt durch Beschlussfassung. Die Kreistagssitzungen sind grundsätzlich öffentlich.

Der Kreistag des Landkreises Hildburghausen setzt sich wie folgt zusammen:

- o CDU 14 Plätze
- o Die Linke 10 Plätze
- o FDP/FW 8 Plätze
- o SPD 6 Plätze
- o BZH 1 Platz
- o Bündnis 90/Die Grünen 1 Platz

Seit dem Jahr 2002 formierte sich im Landkreis Hildburghausen die rechtsextremistische Szene unter dem Dach der NPD.

Im Jahr 2008 löste sich der Kreisverband der NPD durch einen Massenaustritt aus der Partei auf und es gründete sich eine eigenständige lokale Formation unter dem Namen „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH).

Zur Kommunalwahl im Jahr 2009 hat das BZH eine Liste zur Kreistagswahl aufgestellt. Mit 1.976 Stimmen (2,1 %) erreichte das BZH ein besseres Ergebnis als beispielsweise das Bündnis 90/Die Grünen.

Tommy Frenck sitzt seit den Kommunalwahlen 2009 für das BZH im Kreistag Hildburghausen. Er hat als Koordinator extrem rechter Aktivitäten lokale Bedeutung. Er organisierte Neonazikonzerte, interne Veranstaltungen, Infostände und Kundgebungen, darüber hinaus rief er den Neonazifußballverein „Sportgemeinschaft Germania e.V." ins Leben. Frenck führte bis 2009 den Kreisverband der NPD.

Im Zuge der Kandidatur zu den Kommunalwahlen kam es zu einem Zerwürfnis, da sich die Hildburghäuser NPDler offenbar nicht an pflichtigen Schulungen beteiligen wollten. Mittlerweile wurde Frenck in der DVU aktiv und wurde in den Bundesvorstand der „Jungen Rechten" gewählt.

Im November 2009 erstattete die Polizei Anzeige gegen Frenck, da er in einer Kreistagssitzung die Tätowierung eines verfassungswidrigen Symbols offen zeigte.

Frenck hat laut einem Artikel im „Freien Wort" vom 22.09.2011 sein Kreistagsmandat niedergelegt. Es heißt, der gelernte Koch sei nach Australien ausgewandert.

- *Ausländer in der Stadt Hildburghausen und im Landkreis Hildburghausen*

Die Zahl der in der *Stadt Hildburghausen* lebenden Ausländer stieg im vergangenen Jahr um 33 an, auf insgesamt 339. Der Ausländeranteil beträgt damit 2,87 % der Gesamtbevölkerung.

Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung im *Landkreis Hildburghausen*:

Anteil der Frauen:	0,84 %
Anteil der Männer:	0,97 %

Mit folgender Zielstellung werden die ausländischen Bürger und Bürgerinnen von den unterschiedlichsten Partnern und Einrichtungen betreut:

- Vernetzung der Angebote zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration
- Schaffung komplexer praxisorientierter Eingliederungshilfen
- Förderung der Selbsthilfekräfte und Organisationsfähigkeit von Migranten und Migrantinnen
- Stärkung und Förderung der Auf- und Annahmebereitschaft durch die einheimische Bevölkerung

➢ *Vorhandene Netzwerke, Bündnisse, zivilgesellschaftliche Initiativen und Partner*

Im Landkreis Hildburghausen gibt es folgende Bündnisse, zivilgesellschaftliche Initiativen und Partner:

- Bündnis gegen Rechtsextremismus Schleusingen
- Bündnis gegen Rechtsextremismus Hildburghausen
- Kreisjugendring Hildburghausen e. V.
- Kreissportbund Hildburghausen e. V.
- AWO Kreisverband
- DRK Hildburghausen
- Frauenkommunikationszentrum BINKO
- Diakoniewerk Sonneberg/Hildburghausen
- Stiftung Rehabilitationszentrum Schleusingen
- Jugendmigrationsdienst
- Bildungsträger des Landkreises
- Diakonisches Werk der Superintendenturen Sonneberg, Eisfeld/Hildburghausen
- Diakonisches Werk Henneberger Land
- Kirche
- Polizei
- verschiedene Arbeitskreise des Landkreises

➢ *Überblick über die Trägerlandschaft im Landkreis Hildburghausen*

Anzahl der Bildungsstätten im Landkreis Hildburghausen:

- 17 Grundschulen
- 11 Regelschulen
- 2 Gymnasien
- 1 Berufsschule
- 3 Förderschulen

Von den 40 Kindertagesstätten befinden sich 22 in kommunaler Trägerschaft und 18 in freier Trägerschaft.

Im Landkreis Hildburghausen gibt es 117 Sportvereine mit ca. 9.500 Mitgliedern.

Durch die Örtliche Jugendförderung werden im Landkreis Hildburghausen 16 Jugendpauschalstellen finanziert, davon befinden sich drei in kommunaler und 13 in freier Trägerschaft.

Ebenfalls in kommunaler Trägerschaft werden zwei Jugendhäuser (Hildburghausen und Schleusingen) vorgehalten. In vielen Ortschaften des Landkreises arbeiten kleinere Jugendclubs bzw. –zimmer, deren Träger die Kommunen sind.

An sieben Bildungseinrichtungen werden Jugendliche ausgebildet.

- *Statistischer Überblick über extremistische Straf- und Gewalttaten im Landkreis Hildburghausen*

Laut Polizeistatistik wurden in den Jahren 2008, 2009 und 2010 folgende extremistischen Straf- und Gewalttaten im Landkreis Hildburghausen erfasst:

Jahr	Gesamt	Politisch motiviert -Rechts-	Politisch motiviert -Links-	Sonstige
2008	43	41	2	
2009	98	75	9	14
2010	83	50	10	23

- *Fazit*

Im Landkreis Hildburghausen leben ca. 68.000 Menschen, davon sind über 1.200 Ausländer, dies sind knapp 2 % der Bevölkerung im gesamten Landkreis.

Seit mehreren Jahren existiert eine aktive rechtsextremistische Szene, deren Organisationsstruktur sich in der letzten Zeit entscheidend verändert hat. Handelte es sich früher um eine zumeist locker organisierte Jugendszene, die über den Zusammenhalt einzelner Cliquen nicht hinauskam, lässt sich seit einigen Jahren eine Strukturierung und Organisation der Szene durch die NPD bzw. das BZH beobachten. Dies hat zu einer Veränderung des Rechtsextremismus im Landkreis beigetragen, die jetzt viel zielgerichteter und strategischer operiert.

Zunehmende Gewaltbereitschaft, fremdenfeindliche und antisemitistische Einstellungen sind in breiten Bevölkerungsschichten zu beobachten. Sie führen mitunter zu einer Alltagskultur, die als normal und berechtigt gilt und nicht mehr als Problem wahrgenommen wird.

Auch werden rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen von Teilen der Bevölkerung nicht mehr zurückgewiesen, sondern sie erscheinen als selbstverständlich.

3. Zielstellungen des Programms für den Landkreis Hildburghausen und bisherige Aktivitäten

---

Das Thüringer Ministerium für Soziales Familie und Gesundheit hat, in Anlehnung an das Bundesprogramm, die Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Thüringen beschlossen. Die Realisierung erfolgt über das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Unter der Schirmherrschaft des Landrates, Thomas Müller, wurde für den Landkreis Hildburghausen ein so genannter Lokaler Aktionsplan initiiert.

Um inhaltliche Handlungsabläufe der Entwicklungsphase zu begleiten und die Organisation der Entwicklungsphase zu überwachen, wurde eine Steuerungsgruppe installiert. In regelmäßigen Abständen finden Zusammenkünfte statt, bei denen sich die Mitglieder über aktuelle Situationen austauschen und weitere Abläufe planen. Die Steuerungsgruppe setzt sich aus Vertretern der folgenden Bereiche zusammen:

- Vertreter des Jugend- und Sozialamtes
- Vertreter der Polizeiinspektion Hildburghausen
- Vertreter der Kirche
- Vertreter der Bündnisse gegen Rechtsextremismus
- Vertreter der Jugendsozialarbeit/Kreisjugendring
- Vertreter des Staatlichen Schulamtes
- Vertreter freie Bildungsträger/Externe Koordinierungsstelle
- Büro für Beratung & Evaluation (Coaching)

Lokale Koordinierungsstelle:

Landratsamt des Landkreises Hildburghausen/Jugend- und Sozialamt

Externe Koordinierungsstelle:

Hildburghäuser Bildungszentrum e. V.

Aufgaben der Steuerungsgruppe:

- Planung eines lokalen Aktionsplanes mit Projekten und Aktivitäten für das Jahr 2012
- Koordinierung und Gewinnung von Netzwerkpartnern

- Erstellung einer Standort- und Situationsanalyse
- Bekanntmachung des Projektes in der Öffentlichkeit

Des Weiteren wurden die Vorlagen der Förderrichtlinie und Antragsformulare gemeinschaftlich eingesehen und bearbeitet, alle notwendigen Entscheidungen und Absprachen wurden gemeinsam getroffen. Die Entwicklung gemeinsamer Ideen und Strategien stand jederzeit im Mittelpunkt der Arbeit.

- ***Beratungen der Steuerungsgruppe***

03.08.2011

- Vorstellung des Projektes durch Mitarbeiter des Jugend- und Sozialamtes
- Festlegung der Mitglieder der Steuerungsgruppe und Besprechung der anstehenden Aufgaben
- Mitteilung über die Assistenz eines freien Trägers
- Vorstellung der externen Koordinierungsstelle – Hildburghäuser Bildungszentrum e. V. mit folgenden Aufgaben:

    - Erstellung einer Standort- und Situationsanalyse
    - Übernahme der Verwaltungsarbeiten in Absprache mit der Steuerungsgruppe und dem Jugend- und Sozialamt

13.09.2011

- Vorstellung Herr Rainer Schellenberger als Leiters der externen Koordinierungsstelle und Frau Annegret Zacharias als Beraterin des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit
- Vorbereitung der Auftaktveranstaltung am 11.10.2011
- Ideensammlung und Abstimmung über Themen der Workshops und mögliche Referenten

25.10.2011

- Auswertung der Auftaktveranstaltung, Ergebnisse der Workshops und Schlussfolgerungen
- Informationen zur Öffentlichkeitsarbeit (Erstellen einer Webseite, Ausschreibung zum Erstellen eines Logos)
- Erstellen einer Power-Point-Präsentation

10.11.2011

- Abstimmung über den Entwurf eines Logos
- Mitteilung über die Anbindung der Projektseiten an die Seite des Landkreises Hildburghausen in die Rubrik Jugend und Soziales
- Besprechung bereits eingegangener Projektideen
- Information über die Anschaffung von Büromaterial, Technik, Rollups, Bistrotischen usw. zur Ausleihe
- Vorbereitung der Abschlussveranstaltung – Familienaktionstag am 11.12.2011
- Abstimmung zum Begleitausschuss ab 2012 (Werbung im Amtsblatt, direkte Ansprache von Personen und Institutionen)

01.12.2011

- Stand der Vorbereitung der Abschlussveranstaltung
- Bisherige Ergebnisse der Standort- und Situationsanalyse im Landkreis Hildburghausen
- Überblick zu den Sachausgaben 2011
- Diskussion zu Projektvorschlägen für 2012
- Aufgaben des Begleitausschusses 2012 und Besprechen von Interessenbekundungen zur Mitgliedschaft

Zum Bekanntmachen des Projektes in der Öffentlichkeit besuchten die Mitarbeiter des Jugend- und Sozialamtes des Landkreises Hildburghausen und der Leiter der externen Koordinierungsstelle, Herr Schellenberger, beispielsweise ein Treffen des Kindergartenleiterinnen der AWO des Landkreises Hildburghausen und soziale Einrichtungen (AWO, Diakonie, Mehrgenerationenhaus, Frauenakademie, Kreissportbund). Es wurde dabei zum Landesprogramm informiert sowie zu den Zukunftsplänen für die Handlungsphase ab Januar 2012 unterrichtet. Gleichzeitig erfolgte der Hinweis, sich mit Projektideen an der erfolgreichen Umsetzung des Landesprogrammes zu beteiligen.

Unsere Standort- und Situationsanalyse für den Landkreis Hildburghausen, erstellt durch Befragung von Bürgermeistern, Schulleitern, Einrichtungen der Bildung, Erziehung und Sozialarbeit und bei lokalen Entscheidungsträgern untersucht zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteure, stellt Meinungspotentiale dar und dient so als Grundlage zur Formulierung von Zielstellungen für den Lokalen Aktionsplan.

Hauptziele unseres Lokalen Aktionsplanes für den Landkreis Hildburghausen im Jahr 2012 sind

- die Vernetzung der lokalen Partner und die Entwicklung des Demokratieverständnisses sowie eines Netzwerkmanagements,
- die Stützpunktbildung für bürgerliches Engagement und
- die Schaffung einer sozialen Integration, statt Isolation.

Mit unserem Projekt wirken wir so rechtsextremistischen Organisationsstrukturen entgegen und unterstützen die Entwicklung von zivilem Engagement und Zivilcourage.

Folgende *Entwicklungsziele* sollen dabei umgesetzt werden:

- Gewinnung von Entscheidungsträgern
- Erreichen der Zivilgesellschaft durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und persönliche Kontakte, nachhaltige Motivierung, Organisation und Koordinierung einer generationsübergreifenden Zusammenarbeit verschiedener Akteure im Landkreis Hildburghausen
- Schulung von Multiplikatoren und Weiterentwicklung von Methoden und Konzeptionen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
- Nachhaltige Vernetzung verschiedener Ressourcen, systematischer Erfahrungs- und Informationsaustausch über Erscheinungen und Entwicklungen des Rechtsextremismus im Landkreis Hildburghausen
- Schaffung von Stützpunkten für bürgerschaftliches Engagement und Förderung von Zivilcourage und Entwicklung von gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen/Abbau von Vorurteilen

- ***Bisheriger Arbeitsstand im Landkreis Hildburghausen***

➢ *Auftaktveranstaltung*

Am 11. Oktober 2011 wurde im Sitzungssaal des Landratsamtes Hildburghausen eine Auftaktveranstaltung zur Einführung und Umsetzung des durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit geförderten Thüringer Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit durchgeführt.

Der Einladung zu dieser Veranstaltung folgten fast 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Landkreis Hildburghausen. Unter ihnen waren Schulleiter, Beratungslehrer, Schülervertretungen und Schulamt, genauso wie Kommunalpolitiker, Vertreter von öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen sowie aus den Bereichen Sport und Ehrenamt und viele weitere geladene Gäste.

Unser Anliegen war es, den Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Veranstaltung Grundsätze des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit näherzubringen und das Ziel zu erläutern, die demokratischen Grundwerte bei unseren Bürgerinnen und Bürgern und vor allem auch bei den Jugendlichen zu stärken, Extremismus und daraus resultierende Gewalt durch Aufklärung und Prävention zu verhindern und durch Toleranz und gelebte Weltoffenheit die gleich berechtigte Integration aller Bürger in allen Bereichen des Landkreises Hildburghausen zu erzielen.

Frau Annegret Zacharias, Beauftragte des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit und zuständige Beraterin dieses Projektes, hob hervor, „es komme darauf an, im Landkreis Hildburghausen die Aufgabe zu stellen, effizient, nachhaltig und zukunftsorientiert Kindern und Jugendlichen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu vermitteln. Je mehr demokratische Überzeugung anerzogen werde, desto geringer seien die Chancen der rechten Rattenfänger.“

Der Magister der Soziologie Matthias Quent verwies in seinem Vortrag darauf, dass sich in Thüringen die Zahl der Extremisten verdreifacht habe. Das Vertrauen zur Polizei und Gerichten wäre relativ hoch, das zur Landes- und Bundespolitik ziemlich gering. Ausländerfeindlichkeit ziehe sich durch alle Parteien, selbst bei den Linken gäbe es solche

Tendenzen. Glücklicherweise hätten rechte Parteien, wie beispielsweise die NPD, Mobilisierungsdefizite, es bestünde kein Nachfrageproblem, sondern Angebotsdefizite. Im Jahr 2009 hätten unter 18-Jährige zweistellig NPD wählen wollen.

Neben der Vorstellung des Projektes und der Schilderung der allgemeinen Lage durch die Gastdozenten wurden vier Workshops zu projektbezogenen Themen durchgeführt.

- ***Workshop 1***

„Typische, politisch motivierte Straftaten im öffentlichen Raum! Wer muss mit wem kooperieren für ein friedliches Miteinander?“

Moderatoren: Herr Gnepper und Herr Lörtzing (Polizeiinspektion Hildburghausen)

Erkenntnisse:

- Forderung nach einem Stärken der Aktivitäten an Schulen und in Vereinen
- Einsatz eines zweiten Beamten für präventive Maßnahmen an der PI Hildburghausen
- Appell – Jugendliche wollen angenommen und angehört werden
- Offene Diskussion über Werte und Normen, Aufklärung und präventive Maßnahmen

- ***Workshop 2***

„Welche Rahmenbedingungen müssen wir im Landkreis Hildburghausen schaffen, um Menschen mit Lust für Demokratie und Ehrenamt zu begeistern?“

Moderator: Herr Oberpfarrer Victor (Evangelische Kirchgemeinde)

Erkenntnisse:

- Erziehung zum Demokraten muss schon im Kindergarten beginnen.
- Demokratieverständnis und Ideen sind vorhanden, es fehlen Umsetzungsstrategien.
- Ausländerfeindlichkeit in Thüringen meist durch Mitläufertum bzw. völlige Unkenntnis der Situation

- Bei offenem Rechtsextremismus müssen Grenzen aufgezeigt werden (weniger reden, gezielt handeln).
- Ehrenamtliche Einsätze müssen projektorientiert erfolgen gemeinsam geplant und durchgeführt werden.

- ***Workshop 3***

„Wir haben im Landkreis 1.976 Wähler, 29 Gemeinden mit einer zweistelligen und 4 mit einer dreistelligen Wähleranzahl für Rechtsparteien! Sind diese Wähler rassistisch, gewaltorientiert und fremdenfeindlich?“

Moderator: Herr Hotop
(Bündnis gegen Rechtsextremismus)

Erkenntnisse:

- Gesellschaftliche Wahrnehmung wird durch die Medien bestimmt.
- Unerfüllte Lebensperspektiven und Bedürfnisse führen zu Desinteresse und Rückzug.
- Pauschalisierung von Minderheiten
- Extremes Wahlverhalten als Protest
- Wie man ein Nazi wird – Anerkennung, Kompensation von Schwächen
- Rolle der Bildung hat großen Einfluss
- Einschätzung der Jugend – mangelnde Verantwortung, mangelnde Vorbilder, Geringschätzung von Werten
- Familien und Schulen müssen einbezogen werden – Aufgabe für die Politik und die Kinder- und Jugendarbeit.

- ***Workshop 4***

„Mehr Gewalt durch ‘Neue Medien‘! Kommt alles Übel aus den ‘Neuen Medien‘? Konstruktiv-kritischer Umgang, Möglichkeiten und Grenzen“

Moderator: Herr Röhrer
(Thüringer Landesfilmdienst)

Erkenntnisse:

- Aufklärungsbedarf ist sehr hoch.
- Möglichkeiten des Filmverleihs (Migration, Mobbing, Kommunikation)
- Möglichkeit des Einsatzes des Landesfilmdienstes an Schulen
- Warnung vor Verlust der Persönlichkeit
- Vorstellung verschiedener Formen des Cybermobbings
- Eltern müssen Interesse zeigen für die Aktionen ihrer Kinder im Internet.
- Möglichkeiten der Anzeige auf Schüler-VZ (10.000 bis 15.000 Meldungen täglich)
- Verhalten im Netz lernen durch Aufklärung und Weiterbildung
- Radikale Internetseiten befinden sich z. T. auf Servern in der Türkei.

Die durchgeführten Workshops erbrachten in ihrem Verlauf vielfältige Ansatzpunkte für die Unterstützung des Landesprogramms.

Folgende Schwerpunkte für das weitere Vorgehen wurden festgelegt:

- Mitwirkung aller ist notwendig, wenn Demokratie funktionieren soll.
- Weite Teile der Gesellschaft müssen aktiviert werden.
- Insbesondere die Jugendlichen in strukturschwachen Gebieten sind die Zielgruppe bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus.
- Erziehungsberechtigte und Pädagogen müssen als Multiplikatoren wirken.
- Rechtsextremisten in Feuerwehren und Sportvereinen muss entschieden entgegen gewirkt werden.
- Interkulturelles und interreligiöses Lernen ist mit antirassistischer Bildungsarbeit zu verbinden.
- Die Selbsthilfepotentiale vor Ort sind zu stärken, wobei auch das Ehrenamt einzubeziehen ist.
- Zur Umsetzung der Schwerpunkte müssen gemeinsam geeignete Methoden gefunden werden.

Diese Ergebnisse und Anregungen helfen, den lokalen Aktionsplan zu erstellen, der in den nächsten Jahren verschiedene Projekte und Einrichtungen mit Aktionen, Materialien und Informationen unterstützt, fördert und nachhaltig prägt.

➢ *Öffentlichkeitsarbeit*

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden ein *Projektlogo* und ein *Flyer* entworfen, der kurz das Landesprogramm und den Lokalen Aktionsplan erläutert und die entsprechenden Zielgruppen anspricht.

Er wurde in den Städten und Gemeinden des Landkreises, Institutionen und sozialen Einrichtungen verteilt und liegt im Landratsamt des Landkreises Hildburghausen und in der externen Koordinierungsstelle am Hildburghäuser Bildungszentrum e. V. aus.

Ebenso existiert auf der Homepage des Landkreises Hildburghausen unter der Rubrik Jugend, Soziales und Gesundheit ein Unterpunkt zum Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Alle Veranstaltungen und Ergebnisse werden kontinuierlich auf dieser Seite veröffentlicht.

www.landkreis-hildburghausen.de

➢ *Familienaktionstag*

Im Rahmen eines Familienaktionstages fand in der Turnhalle der „Dr. Carl Ludwig Nonne“ Regelschule in Hildburghausen ein Event der besonderen Art statt. Eingeladen hatte das Jugend- und Sozialamt Hildburghausen zu sportlichen Aktivitäten für die ganze Familie. Etwa 200 Besucher zählte die Veranstaltung. Dieser Aktionstag wurde genutzt, um das seit dem Sommer 2011 im Landkreis Hildburghausen neu gestartete Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vorzustellen.

Während sich die Eltern und ältere Kinder sowie Jugendliche an Schautafeln über die Workshop-Ergebnisse sowie im Vorraum anhand ausliegender *Flyer* und einer *Power-Point-Präsentation* über das Landesprogramm informieren konnten, hatten die Kleineren viel Spaß bei Sport und Spiel.

So bot zum Beispiel die Abenteuerschule Suhl in Zusammenarbeit mit „Thüringer Wald Outdoor Sports“ Aktivitäten wie Klettern auf der „Himmelsleiter“, das Klettern an der mobilen Kletterwand und Bogenschießen an. Kinder und Erwachsene konnten hier auch neue, moderne Sportgeräte und Aktivitäten testen wie „Skikes“, „Allterrainboards“, „Poweriser“ oder das Balancieren auf einer „Slack-Line“.

Außerdem gestalteten die Jugendsozialarbeiter des Landkreises eine Bastelstraße, an der die Kinder Futterglocken herstellen und ihr Geschick trainieren konnten. Auch eine Hüpfburg hatte der Kreisjugendring zum Toben für die Kleinen mitgebracht.

Eindrücke vom Familienaktionstag

Der Familienaktionstag galt gleichzeitig als Abschluss des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Landkreis Hildburghausen im Jahr 2011, die Entwicklungsphase wurde offiziell beendet. Gleichzeitig wurden die Anwesenden aufgefordert, Projektideen für den Lokalen Aktionsplan 2012 zu unterbreiten.

Auf dem Trennblatt, das im Flyer integriert ist *(Anlage 3*), können bei Interesse Vorschläge zu folgenden Thematiken unterbreitet werden:

- Ich habe eine Idee zum Programm!
- Ich habe Interesse an einem Ehrenamt!
- Ich möchte ein Projekt umsetzen und suche Unterstützung!
- Bitte setzen Sie sich mit mir in Verbindung!

Im Jahr 2012 begibt sich der Lokale Aktionsplan nun in die Durchführungsphase. In diesem Zeitraum werden weitere Ideen und Anträge für Projekte entgegengenommen, welche Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Landkreis Hildburghausen fördern.

Auf der Homepage www.landkreis-hildburghausen.de sind dazu alle Informationen, Anträge und Formulare abrufbar.

➢ *Einberufung eines Begleitausschusses für die Arbeit ab 2012*

Zielstellung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit für das Jahr 2012 ist unter anderem die Gewinnung von weiteren engagierten, demokratischen Kräften für die Mitgliedschaft im *Begleitausschuss*.

Der Begleitausschuss besteht aus den Mitgliedern der Steuerungsgruppe und wird erweitert durch maßgebliche

Entscheidungsträger und Multiplikatoren aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, über die die Steuerungsgruppe nach Eingang einer Reihe von Vorschlägen gemeinsam beraten und entschieden hat.

Mitglieder des Begleitausschusses mit Arbeitsstand Januar 2012

Einrichtung/Institution	Ansprechpartner
Jugend- und Sozialamt	Frau Höhn
Externe Koordinierungsstelle HBZ e. V.	Herr Schellenberger
Schulamt Suhl	Frau Möhring
Kreisjugendring e. V.	Frau Thimel
Polizeiinspektion Hildburghausen	Herr Aschenbach
Bündnis gegen Rechtsextremismus	Herr Hotop
Vertreter der Kirchen	Herr Dr. Kühne
Frauenkommunikationszentrum	Frau Schiller
Förderschule Hildburghausen	Herr Wendel
Schülersprecher	John Heyer

Mit weiteren Institutionen und Einrichtungen werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch Gespräche geführt, um weitere Mitglieder für den Begleitausschuss zu gewinnen.

Dazu gehören Vertreter der Bürgermeister, Vertreter der Wirtschaft (IHK/HWK), Vertreter der Jugendclubräte, der Feuerwehren, der Agentur für Arbeit/Jobcenter und des Jugendmigrationsdienstes.

Aufgaben des Begleitausschusses

- Treffen von demokratischen Entscheidungen zu Fortführung und Unterstützung von Aktionen und Projekten
- Steuern des Vorankommens des lokalen Aktionsplanes und der Öffentlichkeitsarbeit
- Gewinnen von neuen Multiplikatoren
- Fördern und Mitgestalten der Umsetzung der Programmziele
- Entwickeln von nachhaltigen Projekten und von Synergien

Hauptziel des Begleitausschusses ist es, die gemeinsam entwickelte Strategie gegen rechtsextreme und anderweitig demokratiefeindliche Tendenzen vor Ort in Projekten umzusetzen. In einem dichten Netzwerk der demokratischen Kräfte werden so Aktionen entwickelt, abgestimmt und durchgeführt.

Das erste Treffen des Lokalen Begleitausschusses fand am 17.01.2012 mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten statt:

- Begrüßung der neuen Mitglieder im Begleitausschuss
- Ausführungen zum aktuellen Stand der bisherigen Aktivitäten und Veranstaltungen
- Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit
- Hinweise zur Antragstellung für Projekte
- Sichtung bereits eingegangener Projektideen
- Stand der Situationsanalyse als Grundlage für den Lokalen Aktionsplan

Unser Lokaler Aktionsplan (LAP), entwickelt auf der Grundlage unserer Standort- und Situationsanalyse, ist ein konkretes, vor Ort ausgearbeitetes Konzept, welches Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Landkreis Hildburghausen stärken soll, basierend auf der engen Zusammenarbeit von Kommunen und lokalen Akteuren der Zivilgesellschaft.

4. Analyse der Befragungen zur aktuellen Situation im Landkreis Hildburghausen

---

- ***Präambel***

Die externe Koordinierungsstelle, das Hildburghäuser Bildungszentrum e. V., wurde von der Steuerungsgruppe beauftragt, im Landkreis Hildburghausen eine praxisnahe und fundierte Standort- und Situationsanalyse zu erstellen.

Anhand von Befragungen und Interviews verschaffte sich Herr Schellenberger, der Leiter der externen Koordinierungsstelle, einen Überblick über die aktuelle Sachlage, er besuchte Gemeinden, Schulen, Jugendeinrichtungen, Ämter, Behörden und Institutionen.

Ziele der Befragungen und Interviews waren

- eine sozialräumliche Analyse, die in ausgewählten Bereichen zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteure untersucht,
- die Darstellung von demokratie- und menschenfeindlichen Meinungspotentialen und extremistischen Strukturen,
- das Feststellen der Engagementbereitschaft in den Städten, Gemeinden und ausgewählten zivilgesellschaftlichen Räumen und somit
- die Schaffung der Ausgangsbasis zur Formulierung von Zielstellungen für den lokalen Aktionsplan im Landkreis Hildburghausen.

Methoden aus der Sozialforschung, wie die Auswertung bestehender Quellen oder Befragungen bzw. Interviews, dienten des Weiteren dem Erstellen der Standort- und Situationsanalyse.

Zur Situation in den Städten, Gemeinden und Planungsräumen wurden mittels Interviewbögen und Diktiergerät 15 Bürgermeister und Vorsitzende von Verwaltungsgemeinschaften persönlich befragt.
(Anlage 1)

Diese persönlichen Befragungen wurden auf die folgenden fünf regionalen Planungsräume des Landkreises Hildburghausen verteilt:

- Hildburghausen sowie Gemeinde Veilsdorf
- Eisfeld/Oberes Waldgebiet
- Schleusingen
- Themar
- Unterland/Römhild

Interessant war es hier zu erfahren, welche Probleme in den Orten am brisantesten sind, ob und wo es Brennpunkte im Miteinander gibt, welche Tendenzen zu erkennen sind und wo eine Hilfe und Unterstützung möglich und empfehlenswert ist.

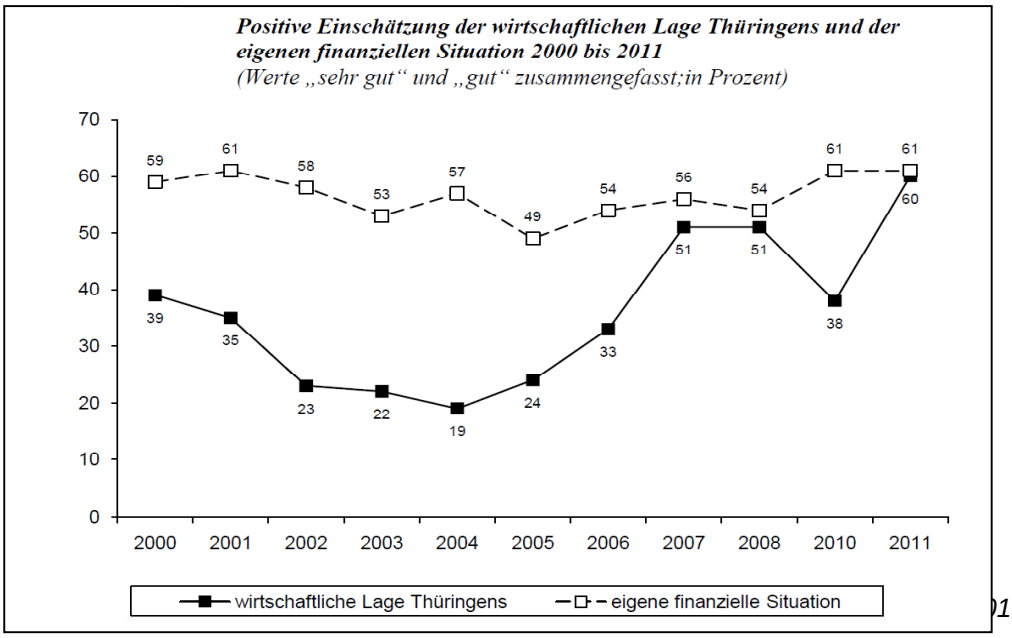
Des Weiteren wurden Fragebögen für die Durchführung von Projekten und das Erfassen von Erfahrungen im Umgang mit verschiedenen Personenkreisen unserer Gesellschaft in den Schulen entwickelt und Schulen des Landkreises, in Abstimmung mit dem Schulamt Neuhaus, dazu befragt. (Anlage 2)

Eine Befragung von Einzelpersonen aus dem Bereich der Jugend, Jugendbetreuung, Gästen des Landkreises, unterstützt durch Beobachtungen, ergänzte dieses Bild. Weiterhin gab es Gespräche über die aktuelle Situation mit Jugendsozialarbeitern, ehrenamtlich Tätigen und Mitarbeitern und dem Leiter der Polizeiinspektion Hildburghausen, Herrn Gnepper.

Zur Auswertung und Bewertung der Lage auf Bundesgebiet, im Land Thüringen, der Wahlergebnisse, Tendenzen, Landkreisdaten und Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden wurden herangezogen: Thüringen-Monitor 2011, Sozialstrukturatlas 2011, Verfassungsschutzbericht 2010, veröffentlichte Wahlergebnisse, aktuelle Berichte und Statistiken.

4.1 Wirtschaftliche Entwicklung und ökonomische Basis im Landkreis Hildburghausen

Die wirtschaftliche Lage Thüringens wird durch die Bürger des Freistaates genauso wie auch durch die Bürger des Landkreises Hildburghausen bestätigt und überwiegend als gut bezeichnet. Dank eines konjunkturellen Aufschwunges im gesamten Bundesgebiet profitiert auch Thüringen von dieser Entwicklung. 56 % der Bevölkerung sind stolz Thüringer zu sein. Die Arbeitslosenquote in Thüringen ist die niedrigste der neuen Bundesländer. 83 % der Bevölkerung halten auch deshalb ihren Arbeitsplatz für sicher.



011

Trotz der guten Wirtschaftslage wird die finanzielle Lage des Freistaates als „dramatisch und besorgniserregend“ eingestuft. Gründe dafür liegen im schrittweisen Abbau von West-Ost Transferleistungen, das verfassungsrechtliche Verbot über der Kreditfinanzierung und die Höhe der Zinsleistungen aus den angehäuften Staatsschulden, die den Landeshaushalt über viele Jahre belasten werden, so der Thüringen-Monitor 2011.

Für den Landkreis Hildburghausen bedeutet dies ebenfalls Kürzungen in den Haushaltsbudgets der Städte und Gemeinden. Kürzungen bei den Haushaltsausgaben im Personalbereich, Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen einer Gebietsreform oder auch bei den Sozialausgaben sind zu erwarten.

Die wichtigsten Wirtschaftszweige im Landkreis Hildburghausen sind traditionell die Metall- und Holzverarbeitung, die Glas- und Porzellanherstellung und der Tourismus. Die größten Industriebetriebe im Landkreis findet man beispielsweise in Hildburghausen (Vosseler Umformtechnik GmbH, Maier GmbH und Co. KG Präzisionstechnik), Schönbrunn (FUCHS Gewürze GmbH & Co. Werk Schönbrunn), Merbelsrod (Geräte- und Pumpenbau GmbH), Eisfeld (Analytik AG, H.R.S. Kunstofftechnik Eisfeld GmbH) und Schleusingen (Thüringer Behälterglas GmbH, Kern Technik GmbH & Co. KG).

Zwar nimmt der Landkreis eine führende Rolle in der Arbeitslosenquote ein, aber dafür gibt es Gründe, wie zum Beispiel ein niedriges Lohnniveau. Das durchschnittliche monatliche Industrieeinkommen im Kreis Hildburghausen liegt bei 1.912 Euro. Das entspricht lediglich 61 % des Bundesdurchschnitts von 3.105 Euro und 89 % des Landesdurchschnitts von 2.142 Euro. Abwanderung der ausgebildeten Fachkräfte und der jüngeren Landkreisbewohner führen zu einem Fachkräftemangel. Insbesondere gut ausgebildete Fachkräfte mit hohem Bildungsniveau finden im Landkreis nicht die ihnen entsprechenden Angebote und suchen ihr Glück in den alten Bundesländern.

Laut Aussage der Bürgermeister des Landkreises werden die Firmen dieses Lohnniveau in den kommenden Jahren angleichen müssen, um weiterhin Fachkräfte zu erhalten und eine Abwanderung zu stoppen. Ein weiteres Augenmerk sollte bei der derzeitig guten Lage auch bei der Reaktivierung der Langzeitarbeitslosen liegen. Sie haben jetzt gute Chancen zu einer Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Der Landkreis Hildburghausen ist, die Arbeitslosenzahlen betreffend, einer der führenden Landkreise in den ostdeutschen Ländern. Eine Quote von 5,1 % im Dezember 2011 liegt unter dem Landesdurchschnitt Thüringens von 8,2 % und unter dem Bundesdurchschnitt von 6,6 %.

Personenstatistik Landkreis Hildburghausen – Dezember 2011
(Sozialstrukturatlas 2011)

Insgesamt	Männer	Frauen	15-25 jährige	55-65 jährige	Langzeitarbeitslose
1.954	1.015	939	105	534	580

Ausgewählte Merkmale	Dezember 2011	Veränderung zum Vorjahresmonat
Arbeitslose insgesamt	1.954	-456
Arbeitslose SGB III	775	-221
Arbeitslose SGB II	1.179	-235
Arbeitslosenquote insgesamt	5,1 %	-1,2 %
Arbeitslosenquote SGB III	2,0 %	-0,6 %
Arbeitslosenquote SGB II	3,1 %	-0,6 %
Gemeldete Arbeitsstellen	472	94

Der Landkreis besitzt ebenfalls einen ausgeprägten Dienstleistungssektor, Tourismus und Einrichtungen der Gesundheitsbranche.

So finden wir hier das Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie (Hildburghausen), eine überregional anerkannte Kurklinik (Masserberg) oder auch die Henneberg Kliniken mit mehreren Standorten.

Die wichtigsten touristischen Attraktionen sind der Stausee Ratscher, die Sommerrodelbahn Waffenrod oder auch das Werra Sport- und Freizeitbad.

4.2 Soziale Strukturen, Probleme und Handlungsbedarfe in den Gemeinden

- ***Statistische Angaben***

Die Darstellung der sozialen Strukturen im Landkreis Hildburghausen hat das Ziel, die Lebensqualität von Personen und sozialen Gruppen differenziert zu erfassen. Daten zur Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur liefern wertvolle Eindrücke über die Sozialstruktur.

Laut Sozialstrukturatlas 2011 ist der Landkreis Hildburghausen der Kreis mit der geringsten Wohndichte in Thüringen, hier leben nur gut 72 Personen pro Quadratkilometer. Sowohl die Anteile der Jüngeren mit unter 18 Jahren als auch die der Älteren mit 65 Jahren und älter sind etwas unterdurchschnittlich vertreten, relativ hoch ist der Anteil an 45 bis unter 65-jährigen Personen.

Voraussichtliche Bevölkerungszusammensetzung im Landkreis Hildburghausen im Jahr 2025 (Sozialstrukturatlas 2011)

Anteil unter 18 Jahre	Anteil 18 bis unter 65 Jahre	Anteil 65 Jahre und älter
12,3 %	53,8 %	33,8 %

Der Anteil an Haushalten mit drei und mehr Personen mit fast 37 % liegt landesweit an der Spitze. Es gibt einen leicht überdurchschnittlichen Anteil an Familienhaushalten, in denen minderjährige Kinder leben.

Anteil der unter dreijährigen Kinder an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Hildburghausen zum 31.12.2009 (Sozialstrukturatlas 2011)

Anteil unter 1 Jahr	Anteil 1 bis unter 2 Jahre	Anteil 2 bis unter 3 Jahre
7,36 %	7,51 %	7,31 %

Anteile von Haushalten mit einer, zwei und drei und mehr Personen im Landkreis Hildburghausen zum 31.12.2009 (Sozialstrukturatlas 2011)

Einpersonenhaushalte	Haushalte mit 2 Personen	Haushalte mit 3 und mehr Personen
33,3 %	30,0 %	36,7 %

Durchschnittliche viele Kinder nutzen Kindertageseinrichtungen. Sehr gut ist der Betreuungsumfang, er liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt: Knapp 96 von 100 Betreuungsplätzen für Kinder bis 14 Jahren sind Ganztagsplätze, 81 % der Grundschulkinder nutzen eine Ganztagsbetreuung. Verhältnismäßig wenige Kinder erreichen keinen Hauptschulabschluss, fast jede zweite jugendliche Person verlässt die Schule mit Mittlerer Reife; allerdings sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Abschlüsse relativ groß. Landesweit die wenigsten Jugendlichen schließen mit dem Abitur ab.

Betrachtet man die Älteren und Hochaltrigen in der Bevölkerung im Landkreis Hildburghausen, so machen diejenigen, die 80 Jahre und älter und vermehrt hilfebedürftig sind, mehr als 5 % der Bevölkerung aus.

Anteile von Personen 65 bis unter 80 Jahre und 80 Jahre und älter an der Bevölkerung des Landkreises Hildburghausen (Sozialstrukturatlas 2011)

Anteil 65 bis unter 80 Jahre	Anteil 80 Jahre und älter
16,7 %	5,17 %

Der Landkreis Hildburghausen ist für Außenstehende als Wohnort wenig attraktiv: In allen Altersgruppen sind die Zuzugsraten geringer als die Fortzugsraten.

Zu *sozialen Brennpunkten* und *Hauptproblemen* im Landkreis Hildburghausen äußerten sich die Bürgermeister der einzelnen Einzugsgebiete in den geführten Interviews.

- ***Soziale Brennpunkte und Hauptprobleme***

Es stellte sich heraus, dass 10 von 15 befragten Bürgermeistern in ihrem Einzugsgebiet keine sozialen Brennpunkte bekannt sind. Fünf Bürgermeister beantworteten diese Frage mit „Ja“ und nannten als mögliche Gründe die ständig wechselnden Bewohner und deren Aggressivität. Schwerpunktgebiete sind hierbei die Neubausiedlung Eisfeld, Stadtteil Steudach, die Wohnblocks in Brattendorf und die Wohnblocks in Veilsdorf.

Nach den Hauptproblemen im Einzugsgebiet befragt, ergab sich auf Grund der Antworten der Bürgermeister folgendes Ergebnis:

Hauptproblem im Einzugsgebiet	**Meinung der Bürgermeister**
Gewalt	3
Geldmangel	5
Arbeitslosigkeit	2
Kriminalität	1
Elternhaus und Familie	3
Schule/Bildung	0
Strukturschwache Region	3
Alkohol/Drogen	13
Soziales Umfeld	2
Eltern/Familie	3
Hoffnungslosigkeit	0
Wirtschaft	2
Einfluss negativer Personenkreise	2
Politik (Bund)	1

Weitere von Bürgermeistern geäußerte Probleme in den Gemeinden:

- „… bei Arbeitsplätzen fehlt die Vielfalt der Möglichkeiten …“
- „… die Anbindung der Ortsteile an den öffentlichen Nahverkehr ist unzureichend …“
- „… ein Problem ist die wachsende Altersarmut …“
- „… der Vandalismus nimmt zu …“
- „… an den Schulen müsste mehr Berufspraxis erlernt werden …“

- ***Problem der Abwanderung***

10 der 15 befragten Bürgermeister äußerten, dass die Abwanderung von Bewohnern ein Problem in ihren Gemeinden darstellt. So sagte einer der Bürgermeister: *„Unser Bevölkerungsverlust in der Gemeinde beträgt ca. 1 % pro Jahr.“*

Ein anderer meinte: *„Die unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten sind schuld. Im Westen verdienen die Leute im Schnitt bei gleicher Arbeit 300 bis 500 Euro mehr, kein Wunder, dass die dann fort gehen.“*

Vier Bürgermeister nannten fehlende Arbeitsmöglichkeiten im Umkreis als Grund für die Abwanderung und einer fragte: *„Wo gibt es denn im Landkreis Arbeitsstellen für Innenarchitekten, Designer oder andere hoch qualifizierte Kräfte?“*

- ***Gewalt, Alkohol und Drogen***

Die Frage „Wo sehen Sie die Gewaltschwerpunkte im Einzugsgebiet?“ wurde wie folgt von den befragten Bürgermeistern beantwortet:

Gewaltschwerpunkt	**Meinung der Bürgermeister**
Sport	0
Häuslicher Bereich	3
Veranstaltungen	4
Öffentliche Plätze	1
Schulen	0

„Wenn es tatsächlich mal zu Gewalt kommt, dann sind fast immer Alkohol und/oder Drogen mit im Spiel. Manchmal ist es auch nur ein Beziehungsproblem“, meinte ein Bürgermeister. Dreiviertel der Befragten beschreiben die auftretende Gewalt als ein „normales Maß“ in Bezug auf die Häufigkeit. Insbesondere auf Kirmesfeiern, bei denen mehrere Jugendliche auch aus den Nachbarorten aufeinander treffen, kommt es dann eventuell zu Tätlichkeiten.

Unsere Befragungen haben ergeben, dass es nicht allein die Suchtgefahr ist, die vom Konsum von Alkohol und Drogen ausgeht, sondern dass häusliche Gewalt, Verkehrsdelikte oder Vandalismus in engem Zusammenhang damit stehen.

Die Befragten forderten im Gespräch, dass von allen Beteiligten mehr Aufklärung betrieben wird. Wünschenswert wäre es beispielsweise auch, dass Werbekampagnen für Zigaretten zurückgefahren werden. Kein Alkohol und keine Zigaretten unter 18 Jahren sind aktuelle Forderungen an den Gesetzgeber und auch an die Eltern der Appell, Vorbild zu sein!

Dies bestätigen uns auch die Mitarbeiter der Polizeiinspektion Hildburghausen in der Befragung. Diese nannten außerdem in Hildburghausen die Rosa-Luxemburg-Straße und in Bad Colberg-Heldburg die Rektor-Reß-Straße als soziale Brennpunkte im Landkreis.

- ***Verantwortungsbereich der Polizeiinspektion Hildburghausen***

Unsere Befragung ergab, dass sich die Polizei im Landkreis Hildburghausen mit folgenden Schwerpunkten auseinandersetzen muss:

- Alkohol- und Drogendelikte
- Delikte im sozialen Umfeld
- Verkehrsdelikte (oftmals im Zusammenhang mit Alkohol und Drogen)
- Delikte im Bereich der häuslichen Gewalt (Dunkelziffer liegt hier aber sehr hoch, oftmals kommt es gar nicht zu einer Anzeige oder diese wird zurück genommen)
- Akzeptanz der Polizei (Polizei wird oft als „Gegner“ angesehen)

Ein Mitarbeiter der Polizeiinspektion meinte dazu: *„Überall dort, wo wir eine Ansammlung von Personen haben und Alkohol im Spiel ist, vor allem in den Städten, haben wir ein erhöhtes Risiko. Aber wenn wir gerufen werden, dann sind wir auch verpflichtet zu handeln.“*

Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wird als *„gut“* eingeschätzt, es gibt eine *„Sicherheitskooperation“* zwischen Hildburghausen und Schleusingen und einen *„Präventionsbeamten“* zum Einsatz an den Schulen.

Nach Auffassung der befragten Beamten „verschweigen“ die Schulen das Auftreten von Repressalien unter Schülern und verhindern so oftmals das frühzeitige Erkennen von kriminellen Karrieren. So äußerte der Leiter der Polizeiinspektion Hildburghausen: *„Wenn wir keine Informationen über Vorfälle an den Schulen erhalten, können wir auch nicht präventiv eingreifen. So werden die Jugendlichen für uns erst straffällig, wenn ein Verfahren gegen sie eröffnet wird. Die Vorgeschichte kennen wir dann aber meist nicht.“*

Forderung der Beamten ist es hier, *„die Eltern mit ins Boot zu holen, denn der kriminelle Einstieg beginnt viel früher.“*

„Die Kindergärten müssen sensibilisiert werden, um körperliche Gewalt und eine Kindeswohlgefährdung früh zu entdecken. Blaue Flecken an ungewöhnlichen Stellen müssten doch bemerkt werden. Der Arzt hat zwar eine Schweigepflicht, aber auch hier gibt es Möglichkeiten. Von den Kindergärten gab es noch nie eine Anzeige“, äußerten sich die Beamten der Polizeiinspektion.

Die Befragung ergab weiter, dass von Seiten der Beamten mehr Zivilcourage in der Bevölkerung gewünscht wird. Diese ist ihrer Meinung nach oftmals nicht vorhanden, viele schauen einfach weg. Hier ist der Respekt untereinander und auch gegenüber der Polizei in den letzten Jahren gesunken.

Ein Mitarbeiter äußerte hierzu folgende Meinung: *„Es kommt immer häufiger vor, dass man den Einsatzkräften gegenüber handgreiflich wird. Wir sind dann oft nicht der Helfer, sondern der Gegner.“*

Folgende Forderungen der Beamten sollten ihrer Meinung nach im weiteren Mittelpunkt der Arbeit stehen:

- besserer Informationsfluss bei Vorkommnissen
- frühzeitige Information der Polizei
- mehr Zivilcourage in der Bevölkerung
- mehr Respekt den Beamten gegenüber
- bessere Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Institutionen

4.3 Rolle der Kommunalpolitik, Wahlen und Tendenzen

Die Wahlbeteiligung der Bürger des Landkreises wird in den Interviews mit den Bürgermeistern fast immer mit *„zu niedrig“* eingeschätzt. Gründe sind hier oft das fehlende Interesse der Bürger an der Politik, jedoch gibt es Unterschiede in der Motivation der Bevölkerung.

Bei Bundestagswahlen spielt neben der Parteizugehörigkeit oder der grundsätzlichen politischen Ausrichtung des Einzelnen die aktuelle Politik eine große Rolle. Kürzungen in sozialen Bereichen und Ausgaben an für den Bürger nicht nachvollziehbaren, aber unter Umständen notwendigen Stellen, oder auch aufgedeckte Verfehlungen hochrangiger Politiker zum Wahlzeitpunkt bestimmen hier meist die Wahlentscheidung.

Wahlergebnisse 2009 im Landkreis Hildburghausen

- *Bundestagswahl 2009 in Thüringen – Wahlkreis Hildburghausen*

Bundestagswahl 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis

Wahlkreis 197 Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen

Erfassungsstand	336 von 336 Wahlbezirk/en
Wahlberechtigte	207 012
Wähler	130 502
Wahlbeteiligung	**63,0 %**

Wahlübersicht

Erststimme

Ungültige Stimmen	1 857
Gültige Stimmen	128 645

Nr.	Kandidat	Wahl-vor-schlag	Stimmen	%	Verteilung der Stimmen
1	Gleicke, Iris	SPD	27 055	21,0	
2	Petermann, Jens	DIE LINKE	41 361	32,2	
3	Kästner, Alexander	CDU	39 600	30,8	
4	Recknagel, Lutz Rüdiger	FDP	10 313	8,0	
5	Maaß, Simone	GRÜNE	5 936	4,6	
6	Heller, Hendrik	NPD	4 380	3,4	

Zweitstimme

Ungültige Stimmen	1 606
Gültige Stimmen	128 896

Nr.	Wahl-vor-schlag	Stimmen	%	Verteilung der Stimmen
1	SPD	22 682	17,6	
2	DIE LINKE	40 815	31,7	
3	CDU	38 338	29,7	
4	FDP	12 118	9,4	
5	GRÜNE	6 762	5,2	
6	NPD	3 941	3,1	
7	REP	532	0,4	
8	MLPD	185	0,1	
9	ödp	414	0,3	
10	PIRATEN	3 109	2,4	

Thüringer Landesamt für Statistik

- *Landtagswahl 2009 in Thüringen – Wahlkreis Hildburghausen*

Die Landtagswahl in Thüringen 2009 war die fünfte Wahl zum Thüringischen Landtag seit 1990 und fand am 30. August 2009 statt.

Landtagswahl 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis

Wahlkreis 018 Hildburghausen I

Erfassungsstand	90 von 90 Wahlbezirk/en
Wahlberechtigte	38 247
Wähler	20 047
Wahlbeteiligung	**52,4 %**

Wahlübersicht

Wahlkreisstimme

Ungültige Stimmen	368
Gültige Stimmen	19 679

Nr.	Kandidat	Wahl-vor-schlag	Stimmen	%	Verteilung der Stimmen
1	Krapp, Michael Dr.	CDU	6 251	31,8	
2	Kummer, Tilo	DIE LINKE	6 899	35,1	
3	Höhn, Uwe	SPD	3 299	16,8	
4	Thimel, Karen	GRÜNE	899	4,6	
5					
6	Vollmar, Thomas	FDP	1 403	7,1	
7					
8	Schuck, Danny	NPD	928	4,7	

Landesstimme

Ungültige Stimmen	336
Gültige Stimmen	19 711

Nr.	Wahl-vor-schlag	Stimmen	%	Verteilung der Stimmen
1	CDU	5 992	30,4	
2	DIE LINKE	6 393	32,4	
3	SPD	3 345	17,0	
4	GRÜNE	919	4,7	
5	REP	148	0,8	
6	FDP	1 377	7,0	
7	Freie Wähler Thüringen	587	3,0	
8	NPD	883	4,5	
9	ödp	67	0,3	

Thüringer Landesamt für Statistik

Es handelte sich um die letzte Wahl vor der Bundestagswahl; sie wurde deshalb bundesweit mit großem Interesse verfolgt.

Der Landtagswahlkreis Hildburghausen I (Wahlkreis 18) umfasst vom Landkreis Hildburghausen die Gemeinden Ahlstädt, Bad Colberg-Heldburg, Beinerstadt, Bischofrod, Bockstadt, Dingsleben, Ehrenberg, Eichenberg, Eisfeld, Gleichamberg, Gompertshausen, Grimmelshausen, Grub, Haina, Hellingen, Henfstädt, Hildburghausen, Kloster Veßra, Lengfeld, Marisfeld, Mendhausen, Milz, Oberstadt, Reurieth und Römhild.

38.247 Einwohner waren wahlberechtigt, die Wahlbeteiligung im Wahlkreis Hildburghausen I lag bei 52,4 %.

- *Kreistagswahlen und Stadtratswahlen 2009 in Thüringen – Landkreis Hildburghausen*

Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis

Landkreis 069 Hildburghausen

Erfassungsstand	43 Gemeinde/n	
Wahlberechtigte	58 913	
Wähler	32 684	
Wahlbeteiligung	**55,5 %**	(2004: 54,3 %)
Ungültige Stimmabgaben	1 452	
Gültige Stimmabgaben	31 232	
Gültige Stimmen	92 421	

Wahlübersicht

Nr.	Wahlvorschlag	2009				2004		Gewinn/Verlust 2009 zu 2004
	» Langname	Stimmen	Sitze	%	Stimmenverteilung	Sitze	%	Prozentpunkte
1	CDU	32 247	14	34,9		17	41,3	-6,4
2	DIE LINKE	22 841	10	24,7		11	26,2	-1,5
3	SPD	13 371	6	14,5		5	13,9	+0,6
4	FDP-FW	20 061	8	21,7		7	16,8	+4,9
5	BZH	1 976	1	2,1		-	-	+2,1
6	GRÜNE	1 925	1	2,1		-	1,8	+0,3

Nr.	Wahlvorschlag	2009			
		Stimmen	Sitze	%	Stimmenverteilung
1	CDU	18 725	62	19,6	
2	DIE LINKE	11 932	37	12,5	
3	SPD	10 372	39	10,9	
4	FDP	1 062	4	1,1	
5	GRÜNE	-	-	-	
6	Sonstige	53 341	288	55,9	

Thüringer Landesamt für Statistik

- *Gemeinderatswahlen 2009 in Thüringen – Landkreis Hildburghausen*

Bei Stadt- und Gemeinderatswahlen bestimmen eher die Personen und die Zufriedenheit der Bürger mit deren Arbeit die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger. Nach Aussage der befragten Bürgermeister ist die Entscheidung für oder gegen einen Kandidaten bei Kommunalwahlen keine politische Entscheidung. Hier spielt die Person des bisherigen Bürgermeisters und seine Arbeit in der letzten Wahlperiode eine wesentlich entscheidendere Rolle.

Es wurde unter anderem eingeschätzt, dass mit einer geringen Wahlbeteiligung bei einer Kommunalwahl ohne zur Verfügung stehenden Gegenkandidaten durchaus auch eine positive Meinung ausgedrückt wird: *„... sind mit der Arbeit des Bürgermeisters und der Stadträte zufrieden, es gibt keinen Anlass etwas zu verändern, also muss ich auch nicht wählen.“*

Der überwiegende Anteil der Befragten äußerte sich jedoch eher besorgt über eine geringe Beteiligung. Ermöglicht sie doch auch unerwünschten Parteien oder Personen der rechtsextremen Szene mit Mobilisierungspotential leichter die Möglichkeit, bestimmte Hürden zu überwinden und sich in politischen Gremien zu etablieren. Das zeigt zum Beispiel auch der Einzug des NPD-Ablegers „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ um die Person Tommy Frenck mit immerhin 1.078 Wählerstimmen in den Kreistag.

Gemeinderatswahl 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis

Landkreis 069 Hildburghausen

Erfassungsstand	43 Gemeinde/n
Wahlberechtigte	58 766
Wähler	32 621
Wahlbeteiligung	**55,5 %**
Ungültige Stimmabgaben	1 108
Gültige Stimmabgaben	31 513
Gültige Stimmen	95 432

Nr.	Wahlvorschlag	2009			
		Stimmen	Sitze	%	Stimmenverteilung
1	CDU	18 725	62	19,6	
2	DIE LINKE	11 932	37	12,5	
3	SPD	10 372	39	10,9	
4	FDP	1 062	4	1,1	
5	GRÜNE	-	-	-	
6	Sonstige	53 341	288	55,9	

Thüringer Landesamt für Statistik

Die Frage an die Bürgermeister nach der Einschätzung der Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger ihres Einzugsgebietes ergab folgendes Ergebnis:

- Acht Bürgermeister schätzen die Wahlbeteiligung als zu gering ein.
- Sechs Bürgermeister sind der Meinung, dass die Wahlbeteiligung noch weiter zurückgehen wird.
- Drei Bürgermeister äußerten sich dahin gehend, dass die Wahlbeteiligung bei kommunalen Wahlen nicht parteiabhängig, sondern personenbezogen ist.

Das Vertrauen der Bürger in die Bundespolitik wird von den befragten Bürgermeistern 7x als *„eher niedrig“* eingeschätzt, 3x als *„situationsbezogen“*, 1x als *„hoch“* und 1x mit *„kein Vertrauen“* bewertet.

Zusammenlegung von Gemeinden, Gebietsreform, notwendige Sparmaßnahmen

Eine große Mehrheit der Thüringer ist mit einer Gebietsreform einverstanden, selbst wenn ihre Stadt oder ihr Landkreis betroffen wäre. Immerhin 78 % der Thüringer sind einverstanden, wenn ihre eigene Stadt oder Gemeinde mit einem Nachbarn zusammengelegt würde.

Nicht weniger groß ist die Zustimmung zu einer Kreisfusion: Um Kosten zu sparen, zeigten sich 77 % der Thüringer damit einverstanden. Diese Ergebnisse wurden beim „Thüringen-Monitor 2011" ermittelt.

Auffällig ist, dass die Zustimmung zu größeren Gebietseinheiten unter jungen Menschen noch größer ist. So gaben 86 % der Befragten im Alter zwischen 18 und 24 Jahren an, mit einer Kreisfusion einverstanden zu sein. Auch mit dem Grad der Ausbildung nimmt die Zustimmung zu. 90 % der Befragten mit Abitur und 86 % der Befragten mit Hoch- oder Fachschulabschluss befürworten die Zusammenlegung von Landkreisen.

Der Thüringen-Monitor fragte: *„Wären Sie gegebenenfalls einverstanden, dass Ihr eigener Kreis oder Ihre eigene Stadt mit einem Nachbarkreis bzw. einer Nachbarstadt zusammengelegt würde?"*

Das Ergebnis bei 1.064 Befragten:

einverstanden:	77 %
nicht einverstanden:	5 %
weiß nicht:	2 %
grundsätzlich dagegen:	16 %

Gründe sehen die Befragten hier in der Einsicht der Sparmaßnahmen der Thüringer Landesregierung und der Bundesregierung.

Die Landesregierung hat sich beim umstrittensten Reformvorhaben endgültig auf ihr Vorgehen geeinigt. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) gab Ende September 2011 die Experten bekannt, die eine Funktional- und Gebietsreform für Thüringen vorbereiten sollen. Bis Mitte 2012 werden hier erste Ergebnisse erwartet.

Im Einzelnen stellt sich jedoch im Landkreis Hildburghausen die Frage nach der Zusammenlegung von Gemeinden oftmals anders dar, wie unsere Befragungen und Interviews mit den Bürgermeistern ergaben. Ist man persönlich betroffen, wird eine Zusammenlegung eher abgelehnt. Viele, insbesondere ältere Menschen, haben einen sehr starken Bezug zu ihrer Gemeinde und lehnen deshalb eine Zusammenlegung im konkreten Fall ab.

Eine weitere Rolle spielt die Aufgabe der bisherigen Alleinstellung einer Stadt bzw. Gemeinde mit den zugehörigen finanziellen und personellen Folgen oder auch die wachsende Entfernung nicht mobiler Bevölkerung zu Verwaltungen.

Ein weiteres, durch die Befragten genanntes Problem, ist die eingeschränkte Erreichbarkeit abgelegener, kleiner Orte mit den Mitteln des öffentlichen Personennahverkehrs und das Nichtvorhandensein von Verkaufsstellen, Banken, Post, Kindergärten und Schulen.

Auf die Frage der Möglichkeit von weiteren Sparmaßnahmen ergaben unsere Befragungen und Interviews, dass die Bürger hier Handlungsbedarf beim Personalabbau und dem verstärkten Computereinsatz sehen. Möglichkeiten bestehen in der Erledigung von Verwaltungsaufgaben über das Netz oder die Möglichkeit für Bürger, Formulare über das Internet zu beziehen und Anträge online abzugeben.

Demgegenüber stehen aber ein schlecht ausgebautes Netz gerade in der ländlichen Gegend und in den kleineren Orten des Landkreises Hildburghausen und die Akzeptanz gegenüber diesen Methoden, insbesondere bei der älteren Bevölkerung. Nach Einschätzung des Thüringen-Monitors 2011 halten die Thüringer einen Personalabbau in den Bereichen Gericht, Polizei, Schulen und Hochschulen nicht für „sinnvoll“, allerhöchstens für „vertretbar“.

In unseren Fragen nach einem Angebot von Hilfen und Unterstützung von externen Partnern zur Bewältigung von Problemen in der Gemeinde äußerten neun Bürgermeister, dass sie „*immer*“ Hilfe erfahren, drei „*bei Bedarf*“ und drei brachten zum Ausdruck, dass sie *„keine Unterstützung“* erhalten, zwei von diesen sprachen davon, dass sie auch *„keine Hilfe benötigten“.*

Die Frage, in welchen Bereichen von den Bürgermeistern noch mehr Unterstützung benötigt wird, brachte folgendes Ergebnis:

Wo wird noch mehr Hilfe benötigt?	Meinung der Bürgermeister
Finanzielle Unterstützung	4
Aufklärung in den Schulen	3
Personal/Ehrenamtliche Helfer	6
Werbung für die Region	1
Sport- und Vereinsleben	3
Erhöhung der Anzahl der Jugendsozialarbeiter	4
Transparenz der „Neuen Medien“	1
Öffentlicher Personennahverkehr	1
Schulung zur Streitkultur	1
Hilfen im Einzelfall (z. B. Extremismus)	1

Fazit eines befragten Bürgermeisters: *„Ich wünsche mir mehr Hilfe ohne Gerede und Fragen nach dem Gegenwert.“*

Einige der befragten Bürgermeister äußerten sich zu geplanten Vorhaben, die auf Grund fehlender Gelder so nicht mehr möglich sind. Einerseits herrscht hier Einsicht in die Notwendigkeit der Umsetzung von Sparmaßnahmen, andererseits müssen Jugendclubs geschlossen und Jugendsozialarbeiterstellen gekürzt werden, Baumaßnahmen oder die Förderung von Vereinen sind nicht mehr durchführbar, obwohl ein Bedarf daran für notwendig erachtet wird.

Hier erhofft man sich mehr Hilfe vom Landratsamt. In Masserberg beispielsweise gibt es für mehrere betroffene Ortsteile gar keinen Jugendclub mehr. Teilweise wird aber auch geäußert, dass von Seiten der Jugendlichen gar kein Bedarf, kein Interesse angezeigt wird.

Kürzungen im Staatshaushalt und im Budget des Landkreises werden nach Einschätzung vieler Bürgermeister in den nächsten Jahren keine Verbesserungen herbeiführen.

4.4 Ehrenamtliche Tätigkeit und Vereinsleben in den Städten und Gemeinden des Landkreises

Demokratie lebt vom Ehrenamt. Viele Bürgerinnen und Bürger setzen sich ehrenamtlich ein, sie arbeiten in der Kinder- und Jugendförderung, den Bereichen Kultur und Musik, Tierschutz, Elternarbeit, Sport und der Feuerwehr. Das sind nur einige Felder, auf denen unser Gemeinwesen auf engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Unsere Befragungen haben ergeben, dass ehrenamtliches Engagement in unserem Landkreis einen hohen Stellenwert einnimmt und eine hohe Würdigung erfährt. Viele tausend ehrenamtlich Tätige sind für unser Gemeinwohl täglich uneigennützig aktiv. Ohne sie wären Sportvereine, Feuerwehren, soziale Einrichtungen, Nachbarschaftshilfen, Jugend- und Seniorenclubs, Selbsthilfegruppen, Chöre, Kultur- und Kunstvereine, Kirchgemeinden und Initiativen in Umwelt-, Natur- und Tierschutz kaum denkbar.

Oftmals ist es auch eine kleine, vor den Augen der Öffentlichkeit verborgene Hilfeleistung und Unterstützung Einzelner, die einen wichtigen Beitrag zum integrativen Miteinander leisten.

Menschen, die sich in Vereinen und Verbänden engagieren, schaffen in unserer Gesellschaft Gemeinsinn und tragen zu einem guten Miteinander bei. Die große Anzahl an verschiedenen Vereinen im Landkreis Hildburghausen ist ein Indiz dafür, dass das Gemeinwesen gut funktioniert und die Menschen in den Städten und Gemeinden bereit sind, Verantwortung dafür mitzutragen, dass sich Menschen unterschiedlicher Generationen in Vereinen begegnen und füreinander einstehen.

Viele haben erkannt, dass sich manche Ziele nur oder leichter erreichen lassen, wenn sie von einer Mehrzahl von Gleichgesinnten gemeinschaftlich verfolgt werden. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass es im Landkreis Hildburghausen insgesamt mehr als 600 gemeinnützig tätige Vereine gibt, die das Leben, vor allem das bürgerschaftliche Engagement, im Landkreis widerspiegeln.

Alleine im Bereich Kultur und Brauchtumspflege sind zahlreiche Vereine aktiv, die die kulturellen Potenzen und Traditionen, die kulturelle Infrastruktur und die Brauchtumspflege fördern bzw. erhalten und an die junge Generation immer wieder weitergeben.

Ihre Mitglieder wirken u. a. in Chören, Blaskapellen, Folklore- und Instrumentalgruppen, Karnevalsvereinen, Literatur- und Theatergruppen, Heimatpflegevereinen und Kirmesgesellschaften mit und prägen wesentlich das kulturelle Leben in den Städten und Gemeinden. Mit Stand von 31.12.2010 existieren im Landkreis Hildburghausen 118 anerkannte Sportvereine, die Mitglied im KSB e. V. und im Thüringer Landessportbund e. V. sind.

Alle befragten Bürgermeister sprechen von einem guten und vielseitigen Vereinsangebot in ihren Gemeinden. Laut ihrer Aussagen dominieren Fußballvereine und Feuerwehrvereine. Sechs der befragten Bürgermeister sprechen von Frauengruppen oder Vereinen für Frauen in ihrem Ort, in fast jeder Gemeinde gibt es Seniorengruppen oder Sportvereine für Senioren. Aber auch in diesem Zusammenhang sprechen die Bürgermeister von Nachwuchsproblemen, einerseits bei der Mitgliederzahl der Vereine und zum anderen bei der Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Gerade die Abwanderung der jungen Leute hat hier entscheidenden Einfluss und es gilt, Kinder und Jugendliche für das Vereinsleben zu begeistern.

Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass die Abwanderung aus dem Landkreis Hildburghausen anhält, sie aber in den vergangenen Jahren merklich schwächer geworden ist, wie die aktuelle Statistik (2007-2010) zeigt:

Die positiven Nachrichten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Thüringen laut dem Statistischen Landesamt immer noch täglich 16 Einwohner durch Abwanderung verliert.

Hauptabwanderungsländer sind wie in den Vorjahren die nächstgelegen Bundesländer Bayern und Hessen. Ins Ausland zog es insgesamt 6.310 Thüringer bzw. Ausländer, die hier gelebt hatten. Das waren etwa 400 Männer und Frauen weniger als im Vorjahr, so die Statistiker. Dafür kamen 8.113 Menschen aus dem Ausland hier her. Das waren 740 mehr als im Jahr 2009. Der Saldo ist also ein Plus von 1.803 Einwohnern. Im vergangenen Jahr lag das Plus nur bei 674. Von diesem Plus profitieren jedoch lediglich große Städte in Thüringen wie Erfurt oder Jena, nicht die Städte und Gemeinden in unserem ländlichen Raum.

Auch der demografische Wandel in unserer Gesellschaft, d. h. die rapide Zunahme älterer Menschen und der allgemeine Bevölkerungsrückgang, sind im Vereinsleben spürbar. 2x wurde durch befragte Bürgermeister geäußert: *„ Es findet keine Kirmes mehr statt, wir haben ja nicht mehr genug Pärchen.“*

Trotz allem bemühen sich die Verantwortlichen der Gemeinden und viele ehrenamtliche Helfer, sie setzen sich mit den Belangen der Bürgerinnen und Bürger auseinander und gestalten generationsübergreifend das Vereinsleben. Hier könnten, nach Aussage der Bürgermeister, noch ungenutzte Potentiale und Ressourcen der Bürgerschaft in Zukunft aktiviert werden. Neben Kirmesfeiern und Backhausfesten, die in fast allen Gemeinden stattfinden, sprachen die Bürgermeister in unseren Interviews noch weitere wichtige Veranstaltungen und Feste an, die helfen, die Gemeinde und den Zusammenhalt der Menschen untereinander zu festigen.

Crock	„Osterrock“
	„Erntedankfest“
Römhild	„Kalter Markt“
Hildburghausen	„Theresienfest“
	„Gänselieschens Glühweinmarkt“
	„Bikertreffen“
Masserberg	„Werraquellfest“
	„Hulleweiberfest“
Schleusingen	„Country-Festival“
	„Frühlingsmarkt“
Eisfeld	„Kuhschwanzfest“
	„Oldtimertreffen“
Sachsenbrunn	„Blasmusikfest“ (alle 5 Jahre)
Feldstein	„Schneebergfest“
	„Feldsteintreffen“

4.5 Feststellung extremistischer Strukturen

Laut Bundeszentrale für politische Bildung bedeutet Extremismus im politischen Sinne die prinzipielle, unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber Ordnungen, Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates sowie die fundamentale Ablehnung der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten. Extremistische Einstellungen basieren i.d.R. auf grundsätzlicher Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt, Toleranz und Offenheit und stellen häufig den Versuch dar, die aktuellen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme auf eine einzige Ursache zurückzuführen.

Besonders durch den ***Rechtsextremismus*** mit seinen abwertenden Einstellungen und Aggressionen wird der soziale Zusammenhalt gefährdet. Die aktuellen Ereignisse um die rechte Terrorgruppe NSU zeigen, wie brisant die Lage ist, im Untergrund laufen mehr Aktivitäten als an der Oberfläche sichtbar sind.

„Beide Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind hinsichtlich ihrer Trägergruppen nicht identisch. Dies gilt auch für die gegenwärtige Situation. Während in Thüringen wie im Bundesgebiet insgesamt nach den Wahlniederlagen der rechtsextremen Parteien 2009 für das Jahr 2010 eine „gedämpfte Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit“ der rechtsextremen Szene und eine gegenüber den Vorjahren rückläufige Zahl rechtsextrem motivierter politischer Kriminalität zu verzeichnen ist (Thüringer Innenministerium 2011, S. 11f., 55f.; Bundesinnenministerium 2011, S. 27ff.), zeigt die vorliegende Studie eine Zunahme der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung.“

Aktuelle Studien über Antisemitismus ergaben, dass etwa 20 % der Bevölkerung „latent antisemitisch“ eingestellt ist. Dieses Potential stellt für die rechte Szene einen fruchtbaren Argumentationsboden zum Fang von Mitgliedern und Wählerstimmen dar. Andere rechtsextreme Einstellungen stagnieren, sind aber wie zum Beispiel die Einstellung zum Antisemitismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus in relativ hohem Maße und über längere Zeiträume vorhanden.

Die rechtsextremistisch subkulturelle Szene (Skinheadszene) – in Thüringen ca. 450 Personen – konnte im Jahr 2011 bisher nur zwei Konzerte durchführen. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 15. Die Ursache für den Rückgang ist im hohen behördlichen Druck in Thüringen zu sehen.

Eine politisch rechte Einstellung spiegelt sich auch im Landkreis Hildburghausen an den 1.976 Wählerstimmen für das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) bei den Kreistagswahlen wider. Dieses Wahlergebnis verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit, das Demokratieverständnis in allen Bevölkerungsschichten weiter zu entwickeln.

Regionaler Schwerpunkt der rechtsextremen Aktivitäten ist das Stadtgebiet von Hildburghausen, hier waren und sind immer wieder Aktionen der rechten Szene zu beobachten, wie z. B. am 24.07.2010, als mehr als 90 Anhänger der rechten Szene hinter Sicherheitsschutzwänden und Absperrgittern der Polizei ihr „Marktfest“ abhielten. Mit beinahe 100 Teilnehmern wurde, hetzende und antisemitistische Parolen rufend, in einem Demonstrationszug durch die Schleusinger Straße in Hildburghausen gezogen.

Laut Aussagen eines Vertreters der Polizeiinspektion Hildburghausen werden bundesweit Bemühungen der rechten Szene beobachtet, Häuser aufzukaufen. Hier nutzt man bestehende Datenbanken, um dem vorzubeugen und die Bemühungen frühzeitig zu unterbinden.

Außer dem „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) sind der Polizeiinspektion Hildburghausen keine weiteren politischen Gruppierungen im Landkreis Hildburghausen bekannt. *„Der Fußballverein SV-Germania ist seit dem Weggang von Tommy Frenck auch kein rechtes Problem mehr und die Zahl der Straftaten, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen ist, ist in der letzten Zeit zurückgegangen.“*

Zum Auftreten extremer Musik und offensichtlich rechts geprägten Veranstaltungen äußerte ein Mitarbeiter der Polizeiinspektion Hildburghausen: *„Wenn wir zu so einer Veranstaltung gerufen werden, dann löst sich das Problem meist sofort. Die Veranstaltung wird aufgelöst und so schnell findet dort auch nichts mehr statt.“*

Zehn der befragten Bürgermeister beantworteten die Frage nach erkennbaren politischen Gruppierungen in ihrem Einzugsgebiet mit „Nein“, vier mit „Ja“. Ein Bürgermeister berichtete von einer *„nicht organisierten Szene“* und davon, dass er ein Flugblatt mit dem Titel „Unabhängige Nachrichten“ der offensichtlich rechten Szene in seinem Briefkasten vorfand.

Nach Aussagen der Bürgermeister und der Polizeiinspektion Hildburghausen gilt es, vorhandene Ressourcen zu vernetzen und einen systematischen Erfahrungs- und Informationsaustausch über Erscheinungen und Entwicklungen des Rechtsextremismus im Landkreis zu führen. Auch die Förderung von Zivilcourage und Partizipation, die Entwicklung von gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen muss weiter entwickelt werden.

So wurde uns ein Beispiel vom Juli 2010 genannt: Es war bekannt geworden, dass Anhänger des rechtsextremen BZH in Hildburghausen aufmarschieren wollen. Unter anderem sollte der historisch sensible Ort des Marktplatzes missbraucht werden. Hier, wo 1938 die jüdischen Mitbürger Hildburghausens zusammengetrieben wurden, wollten die Rechtsextremen erneut ihre Hasstiraden streuen und Unfrieden stiften.

Das Bündnis gegen Rechtsextremismus Hildburghausen rief dazu auf, ein Zeichen zu setzen, sich zu einer Mahnwache auf dem Hildburghäuser Markt zu treffen und an einer Kundgebung unter dem Motto „Für Demokratie, Toleranz und bunte Vielfalt“ teilzunehmen.

Ein weiteres Beispiel für den Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine weitere Aktion des Bündnisses gegen Rechtsextremismus Hildburghausen am 27.01.2012. Vertreter der Kreisstadt und des Bündnisses gegen Rechtsextremismus gedachten an diesem Tag an der Gedenkstele für die jüdische Synagoge in der Gerbergasse Hildburghausen der Opfer des deutschen Faschismus.

Um zehn Uhr erinnerte Bürgermeister Steffen Harzer in einleitenden Worten daran, dass auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch sowjetische Truppen in Deutschland zum Tag des Gedenkens an die Opfer der Nazidiktatur wurde. Die Kreistagsabgeordnete Astrid Rühle sprach danach für das Hildburghäuser Bürgerbündnis eine eindringliche Mahnung aus.

An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter der Kirchen, weitere Hildburghäuser Bürger, Kreis- und Stadträte der Linken sowie Absolventen des Berufsbildenden Gymnasiums Hildburghausen teil. Ein Schülersprecher verwies auf die Einzigartigkeit der faschistischen Verbrechen und auf die Notwendigkeit aktueller Initiativen gegen Neofaschismus.

Angesichts der nicht enden wollenden Serie von versuchten Brandanschlägen im Herbst 2011 auf Einrichtungen der Bahn in und um Berlin warnen Politiker vor der Gefahr des ***Linksextremismus***.

Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU) bemerkte bei ihrer Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor vor dem Landtag, „… dass die Bekämpfung des Linksextremismus stärker in den Fokus ihrer Politik rücken wird. Vor dem Hintergrund der jüngsten Anschläge in Berlin gelte für sie fortan "null Toleranz". Habe bislang das Hauptaugenmerk auf der Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe im Land gelegen, müsse hier mit gleichem Maß gemessen werden.“

Laut Verfassungsschutz umfasst in Thüringen das Anhängerpotential des gewaltbereiten autonomen Spektrums ca. 130 Personen. Die in Thüringen agierenden marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen sind die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) mit jeweils etwa 40 Mitgliedern, die „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit etwa 10 Mitgliedern, die „Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE“ mit etwa 100 Mitgliedern sowie die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) mit nur wenigen Mitgliedern. Zudem existieren im Freistaat Strukturen mit insgesamt etwa 120 Mitgliedern des von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtungen getragenen „Rote Hilfe e.V.“ (RH).

In Thüringen überwiegen seit Jahren die Aktivitäten gewaltbereiter Autonomer. Inspiriert von dem ihnen eigenen Antifaschismusverständnis nahmen Protest- und Blockadeaktionen zu Be- und Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen breiten Raum ein. Dabei kam es neben Sachbeschädigungen mitunter auch zu Angriffen auf Polizeibeamte.

Die Aufklärung der Strukturen gestaltet sich schwierig und aufwendig, da die Anhänger konspirativ agieren und neuen Szeneangehörigen gegenüber misstrauisch sind. Bei der Durchführung von Kundgebungen suchen autonome Gruppen die Zusammenarbeit mit demokratischen Bündnissen und Parteien mit dem Ziel, Auflagen der Versammlungsbehörden zu umgehen. Die Angehörigen der Szene sind darauf bedacht, nicht durch Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten polizeilich bekannt zu werden, um die eigene Zugehörigkeit zur Szene zu verbergen. Dennoch sehen sie Gewalt als selbstverständliches Mittel an.

Die linksextremistische „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) führte laut Aussage des Thüringer Innenministers Jörg Geibert im November 2011 in Erfurt zudem seit Juli mehrfach Informationsstände in der Landeshauptstadt durch.

Er äußerte in diesem Zusammenhang: *„Die Resonanz der Bevölkerung auf das Informationsangebot blieb verhalten. Mit der Gründung einer neuen Ortsgruppe in Suhl gelang es der Partei jedoch, ihre Strukturen in Thüringen auszubauen. Bis dahin verfügte sie über Ortsgruppen in Eisenach und Sonneberg. Die Partei zählt in Thüringen etwa 40 Mitglieder, bundesweit ca. 2.300. Der „Roten Hilfe e.V.“ werden seit dem vergangenen Jahr 120 statt vorher 100 Mitglieder zugerechnet. Dieser Anstieg steht im unmittelbaren Zusammenhang mit ausgebauten Strukturen der im November 2009 gegründeten Regionalgruppe Südthüringen. Eigenen Angaben zu Folge ist sie in den Landkreisen Ilm-Kreis, Schmalkalden-Meiningen,* ***Hildburghausen*** *und Sonneberg und seit 2010 auch in Suhl aktiv.“*

Ergebnis unserer Befragungen bei den Bürgermeistern und der Polizeiinspektion Hildburghausen war es, dass in den Städten und Gemeinden des Landkreises Hildburghausen keine Konzentrationen von linksextremen Gruppierungen oder auffälligen Personengruppen bekannt sind, die dieser Szene zugeordnet werden könnten.

Fazit der Befragungen und Interviews:

- Die größte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Landkreis Hildburghausen geht nach wie vor vom Rechtsextremismus aus.
- Auch wenn das rechtsextreme Personenpotential abgenommen hat, ist es weiterhin deutlich größer als das im linken Bereich.
- In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dem Linksextremismus im Landkreis Hildburghausen ist zivilgesellschaftliches Engagement gefragt, zumal auch Verwaltungen hier schnell auf rechtliche Grenzen stoßen.

Der ***Ausländerextremismus*** spielt in Thüringen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. In Thüringen existieren lose Strukturen mehrerer islamistischer Bestrebungen, die insgesamt etwa 100 Personen umfassen. Unsere Befragungen ergaben, dass im Landkreis Hildburghausen keine Informationen über Ausländerextremismus vorliegen, weder zur Islaminterpretation durch muslimische Bürger noch zur Nordkaukasischen Separatistenbewegung.

4.6 Einbindung von sozial Benachteiligten

- ***Die Einbeziehung von Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung***

Die Lebensbedingungen und -verhältnisse von Menschen mit Behinderungen in Thüringen sowie das Selbstverständnis behinderter Menschen haben sich in den letzten Jahren verändert. Über die für alle Bürger zutreffenden politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen hinaus erfolgte gleichermaßen ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik, d. h. eine sich mehr an den Bedürfnissen behinderter Menschen orientierende Politik, die auf spezifische Zielsetzungen und Funktionen ausgerichtet ist.

Zu ihren Inhalten gehört ein weites Spektrum materieller Unterstützungsleistungen (soziale Dienstleistungen und psychosoziale Angebote) ebenso wie der erfolgte Wechsel in der Behindertenpolitik. Ziel ist die nicht mehr ausgrenzende Fürsorge, sondern eine uneingeschränkte Teilhabe; nicht mehr abwertendes Mitleid, sondern zunehmende Gleichstellung; nicht mehr wohlmeinende Bevormundung, sondern das Recht auf Selbstbestimmung.

Anliegen der Behindertenpolitik ist es, über die generell wirkende Wirtschafts- und Sozialpolitik hinaus den Menschen mit Behinderungen ein ausgebautes Hilfs- und Unterstützungssystem zur Verfügung zu stellen, um so die Chancen auf eine wirklich umfassende soziale Integration in das gesellschaftliche Leben zu fördern. Laut Thüringer Sozialstrukturatlas 2011 wurde eine flächendeckende Versorgungsstruktur in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder, Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen und Familienentlastende Dienste geschaffen.

8 % der Thüringischen Bevölkerung sind schwerbehindert. Etwa die Hälfte aller schwerstbehinderten Menschen in Thüringen sind 65 Jahre und älter, ein knappes Viertel ist im Alter von 55 – 65 Jahre.

Im Landkreis Hildburghausen gehören ebenfalls über 50 % in diese Altersgruppe. Im Alltag werden die zu betreuenden Schwerstbehinderten in verschiedensten Einrichtungen gepflegt und gefördert. Im Bereich der Kinder und Jugendlichen werden durch die beiden Förderzentren „Albert Schweitzer“ Hildburghausen (Diakonisches Werk Sonneberg-Eisfeld)

und „Lindenschule“ Rappelsdorf (Rehabilitationszentrum „Thüringer Wald“ Schleusingen) die Kinder und Jugendlichen durch geschultes Personal in gut ausgestatteten Schulen betreut und gefördert. Mehrere Wohnheime beherbergen Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Hier gibt es teilweise Probleme der Akzeptanz des „Besonderen“ in den Orten durch die Bürger. So gab es Proteste gegen den Neubau eines Wohnheimes in Rappelsdorf mit nicht ganz nachzuempfindenden Begründungen.

Im Landkreis befinden sich weitere Einrichtungen, die sich dieser Personengruppe annehmen. Im Bereich der beruflichen Entwicklung und der Vermittlung von Lebensinhalten sind hier vor allem zu nennen:

- die Werkstatt für angepasste Arbeit in Eisfeld und Hildburghausen in der Trägerschaft der Diakonie mit angeschlossener Tagesförderstätte und Reha – Einrichtung
- das Rehabilitationszentrum „Thüringer Wald“ in Schleusingen mit Werkstätten zur Berufsbildung, angeschlossener Schule und Wohnheimen für Behinderte
- das über die Landkreisgrenzen hinaus bekannte Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie in Hildburghausen mit einem Heim der Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, forensischer und psychiatrischer Klinik
- die AHG Klinik in Römhild für die Behandlung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängigen, eine der wenigen Einrichtungen auf diesem Gebiet überhaupt
- die Kliniken in Masserberg für Orthopädie, Onkologie und Augenheilkunde (Professor Georg Lenz, Professor Volhard Klinik)
- die Rehabilitationsklinik in Bad Colberg-Heldburg für innere Medizin und Orthopädie

Weitere Betreuungsangebote bieten die verschiedenen Träger im Bereich der häuslichen Pflege an. Von der Versorgung mit Mittagessen bis zur kompletten häuslichen Pflege reichen die Angebote der sozialen Einrichtungen von AWO, DRK, Diakonie und Caritas.

In den Städten und Gemeinden des Landkreises Hildburghausen gehören Menschen mit körperlicher oder/und geistiger Behinderung zum Stadtbild und werden von der Bevölkerung weitestgehend akzeptiert. Sie nehmen an Veranstaltungen und Dorffesten teil und werden in Vereine integriert. So sind z. B. im Tischtennisverein Schleusingen drei Bewohner des Reha-Zentrums Schleusingen aktiv.

- ***Die Einbeziehung von Arbeitslosen und Arbeit suchenden Menschen***

Seit etwa 2003 gelang es Thüringen zunehmend, sich von der geringeren Dynamik der übrigen neuen Länder abzukoppeln und die Arbeitslosigkeit um bis zu acht Prozentpunkte zu reduzieren.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt steht im Zusammenhang mit dem anhaltenden konjunkturellen Aufschwung und wurde zudem dadurch begünstigt, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2009 trotz des durch die Finanzkrise ausgelösten Einbruchs der Wirtschaftsleistung in Thüringen stabil geblieben ist. Durch den Aufschwung hat die Erwerbstätigkeit 2011 in fast allen Bereichen zugelegt. Den größten Anteil hatten unternehmensnahe Dienstleistungen und die Zeitarbeit.

Trotz dieses Aufschwungs kommen Arbeitnehmer oftmals unverschuldet in eine Abhängigkeit von Sozialleistungen. Die Gründe sind sehr verschieden und sind zum Teil noch Spätfolgen des Stellenabbaus in den Nachwendejahren. Zu einer Inanspruchnahme von Leistungen wie Wohn-, Arbeitslosengeld und weiteren Leistungen durch die verschiedenen Institutionen führen auch das niedrige Lohnniveau in Thüringen und das Fehlen von Mindestlöhnen in einigen Berufsgruppen.

Viele Beschäftigte, auch im Landkreis Hildburghausen, sind auf zusätzliche Leistungen angewiesen und trotz Arbeit in dieser Abhängigkeit. Ein beruflicher Aufstieg ist hier sehr schwer, insbesondere für Ältere, Alleinerziehende und Arbeitsuchende ohne Berufsabschluss.

Für von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffene zeigen sich oftmals weitere Probleme für den Rückweg in das Arbeitsleben. Eine dieser Schwierigkeiten stellt das veraltete und überholte Wissen aus dem vorherigen Berufsleben dar oder das Verschwinden eines ganzen Berufszweiges im Einzugsgebiet (z.B. Porzellanindustrie, Textilindustrie).

Weitere Probleme sind die Aufgabe beruflicher Ziele, eine persönliche Resignation, psychische und physische Schwierigkeiten. Verbunden damit sind oft ein Zurückziehen in den engsten häuslichen Bereich, der Abbau von Sozialkontakten, ein Rückgang der sozialen Kompetenzen.

Die Folge sind Isolation, psychosomatische und/oder chronische Erkrankungen und ein Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben. Kontakte und Kommunikation nach „außen“ finden fast nicht mehr statt.

Unsere Befragungen ergaben, dass hier alle gesellschaftlichen Institutionen des Landkreises und alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden gefragt und angesprochen sind, um die Motivation und das Selbstbewusstsein der Arbeitsuchenden zu stärken.

Nach Aussagen der Bürgermeister tragen die Arbeit in Vereinen oder das Engagement in einem Ehrenamt dazu bei, die Verbindung „nach außen“ aufrecht zu erhalten und nicht den Kontakt zu den anderen im Ort zu verlieren.

Die Gespräche und Kontakte von Arbeitenden und Arbeitsuchenden können auch helfen, sich beispielsweise für eine Bildungsmaßnahme zu öffnen und neuen Mut und Selbstbewusstsein zu erlangen. Soziale Bindungen müssen oftmals erst wieder hergestellt werden und teilweise werden ganze Familien mit einbezogen, um den Einstieg in das Berufsleben und die Gesellschaft wieder zu ermöglichen.

- ***Die Einbeziehung von Migranten***

In Thüringen waren im Jahr 2011 im Schnitt 2.900 Ausländer arbeitslos gemeldet, 6,8 % weniger als 2010, teilte die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Halle mit.

„Arbeitslose mit anderen Staatsangehörigkeiten verharren häufig länger in der Arbeitslosigkeit und finden wesentlich schwerer eine Beschäftigung“, sagte der Chef der Regionaldirektion, Kay Senius. Rund 85 % der arbeitslosen Ausländer nähmen Hartz IV in Anspruch, 18 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt aller Arbeitslosen in Thüringen.

Ca. 2 % der Bevölkerung im Landkreis Hildburghausen sind Ausländer. Gerade Migrantinnen und Migranten in den Städten und Gemeinden des Landkreises sind vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen, sagten uns auch die befragten Bürgermeister. Viele der ausländischen Arbeitslosen haben keine abgeschlossene beziehungsweise anerkannte Berufsausbildung oder besitzen keinen Schulabschluss.

Auf die Frage, ob es in ihrem Einflussbereich eine auffällige Konzentration von Aussiedlern gibt, antworteten 14 Bürgermeister mit „nein“. Laut Aussage von fast 100 % der Bürgermeister sind die ansässigen Ausländer voll im Leben der Gemeinde integriert.

Ein Bürgermeister berichtet von einem Betreiber eines „Döner und Pizza-Hauses“. *„Dieser ist zum Beispiel voll integriert und sogar Mitglied im Karnevalsverein.“*

Ein anderer Bürgermeister brachte zum Ausdruck: *„Ein türkischer Aussiedler ist bei uns Produktionsleiter in der Agrar – GmbH.“*

Ein weiterer berichtet von der ICE-Baustelle: *„Dort arbeiten Portugiesen und Spanier und andere, aber da gibt es keine Probleme. Die wohnen alle auf der Baustelle.“*

Ein Bürgermeister sagte: *„Wir haben zum Beispiel Russlanddeutsche, die sind integriert, werden von den Leuten tolerant aufgenommen und sind z. B. auch zur Rentnerfeier gegangen, sie fühlen sich wohl hier.“*

Mehrere befragte Bürgermeister äußerten, dass einige der Aussiedler in Vereinen aktiv sind, dass auch insgesamt die Zahl der Aussiedler abgenommen habe und wohl eher noch weiter abnimmt.

Ein Bürgermeister berichtet uns aber auch von einem früheren Asylantenheim mit etwa 200 Bewohnern im Ort. Es gab Klagen von Seiten der Bürger, *„man fühlte sich bedroht.“* Das Heim wurde 2002 geschlossen.

Eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern vertritt laut unserer Befragung die Meinung, *„dass die Aussiedler erst einmal hierher nach Thüringen kommen, damit sie in Deutschland sind, aber dann wollen sie doch alle weiter in die alten Bundesländer, weil ihre Chancen dort größer sind.“*

Zusammenfassend können wir einschätzen, dass es im Landkreis Hildburghausen laut unseren Befragungen und Interviews keine menschenfeindlichen Handlungen gegenüber Aussiedlern gibt oder dass diese aus dem Leben in den Städten und Gemeinden ausgegrenzt werden. Die Migrantinnen und Migranten fühlen sich im Landkreis und am Wohnort angenommen, nehmen an Veranstaltungen im Ort teil, viele sind in Bildungsmaßnahmen integriert oder verbessern ihre Sprachkenntnisse in entsprechenden Sprachkursen.

So bietet beispielsweise die Volkhochschule Hildburghausen einen Integrationskurs „Deutsch als Fremdsprache", der sich an Migranten und Zuwanderer richtet, die über keine oder geringe Sprachkenntnisse verfügen und die deutsche Sprache erlernen wollen.

4.7 Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in den Städten und Gemeinden des Landkreises

Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind Aufgabenfelder der kommunalen Jugendhilfe, die den jungen Menschen des Landkreises Hildburghausen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung stellen soll.

Zu den Schwerpunkten kommunaler Jugendarbeit gehören:

- außerschulische Jugendbildung
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit
- internationale Jugendarbeit
- Kinder-und Jugenderholung
- Förderung der Jugendverbandsarbeit

Jugendsozialarbeit bietet sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Unsere Recherchen ergaben, dass im Landkreis Hildburghausen in den vergangenen Jahren ein Netz von Jugendzentren und -clubs aufgebaut werden konnte, die ein reichhaltiges Freizeitangebot anbieten.

Im Folgenden sind die hauptamtlich betreuten Freizeiteinrichtungen unserer Region aufgeführt:

- Freizeitzentrum Hildburghausen
- Kreisjugendring Hildburghausen
- Jugendzentrum Wiesenbauschule Schleusingen
- Jugendclub der Stadt Themar
- Jugendclubs der Stadt Eisfeld
- Jugendclub der Gemeinde Veilsdorf
- Jugendclubs der Gemeinde Auengrund
- Jugendclubs der Gemeinde Gleichamberg
- Jugendclubs der Gemeinde Schleusegrund
- Jugendclubs der Stadt Bad Colberg-Heldburg
- Jugendclub Römhild

Vielfältigen Angebote der offenen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Landkreis Hildburghausen werden auch von freien Trägern der

Jugendhilfe erbracht. Auch hier existiert inzwischen ein Netz von Angeboten, das alle Regionen des Landkreises bedient. Fast alle Städte und Gemeinden des Landkreises Hildburghausen stellen beispielsweise ihren Jugendlichen Räume für einen Jugendclub kostenlos und bei Bedarf zur Verfügung. Die Abwanderung der Jugendlichen aus dem Landkreis, die geburtenschwache Jahrgänge und wenig Eigeninteresse der Kinder und Jugendlichen sind aber oft der Grund für die Schließung bestehender Clubs.

Unsere Befragungen haben weiter ergeben, dass das Verbot von Alkohol- und Tabakgenuss in den Jugendclubs weitestgehend umgesetzt wird. Wir erfuhren, dass in manchen Orten des Landkreises der Altersdurchschnitt der Clubbesucher bei über 20 Jahren liegt.

Ob ein Jugendclub „funktioniert“ oder nicht, liegt nach Aussagen der Befragten in der Betreuung der Jugendlichen durch einen Jugendsozialarbeiter und sein Engagement. Hier wünschen sich die befragten Bürgermeister der Gemeinden fast einhellig noch mehr Unterstützung durch den Landkreis.

Manche Orte beschäftigen gar keinen Jugendsozialarbeiter oder nur einen mit geringen, anteiligen Stundenzahlen. Andere Jugendsozialarbeiter befinden sich unter der Trägerschaft vom Kreisjugendring oder der Diakonie.

Dort, wo die Jugendsozialarbeiter mit einer ganzen Stelle, oft in der Trägerschaft der Stadt, eingesetzt sind, gibt es auch eine gute Jugendsozialarbeit. So wurden in den Befragungen beispielsweise die Jugendsozialarbeiter der Gemeinde Auengrund und der Stadt Themar positiv erwähnt. Hier arbeiten zwei sehr engagierte Jugendsozialarbeiterinnen, die gut mit Jugendlichen, den Bürgermeistern und den Schulen kooperieren. Bemühungen sollten sich darauf konzentrieren, dieses auf die anderen Städte und Gemeinden zu übertragen und somit Jugendliche über die Jugendsozialarbeit „aufzufangen“.

Neue, zusätzliche Jugendsozialarbeiter mit möglichst erhöhten Stundenzahlen sollten nach Aussagen der Bürgermeister die wertvolle Jugendarbeit unterstützen. Jugendliche müssen in die Entscheidungen mit einbezogen und befähigt werden, „IHRE“ Jugendclubs selbständig zu leiten, für Ordnung und Sauberkeit selbst zu sorgen und auch ihre Vorteile in der Nutzung erkennen.

Analyse zum Thema „Jugendsozialarbeit“

- In drei Orten des Landkreises wird durch die Bürgermeister die Arbeit der Jugendsozialarbeiter als positiv und beispielhaft beschrieben und auf das hohe Engagement der verantwortlichen Personen verwiesen.
- Zwei Bürgermeister berichteten, dass die Jugendsozialarbeiter ihres Ortes aufhören. Genannter Grund war die bessere Bezahlung einer Stelle als Sozialpädagoge in einer anderen Arbeitsstelle.
- Ein Bürgermeister erläuterte im Interview, dass in seiner Gemeinde nur noch fünf bis sechs Jugendliche in den Jugendclub kommen.
- Ein weiterer befragter Bürgermeister äußerte sich darüber, dass er keinen Einblick in die Arbeit des Jugendsozialarbeiters im Jugendclub habe.
- Zitat eines Bürgermeisters: *„Früher hatten wir noch drei Jugendclubs in den Ortsteilen. Jetzt ist es nur noch einer und auch der steht in Frage.“*
- Drei Bürgermeister beklagen in ihren Ausführungen Schmierereien und Graffitis, sind aber der Meinung, dass kein politischer Hintergrund dahinter steckt.
- Aussage eines Bürgermeisters: *„Wir haben eine Vereinbarung mit der EON, dass die Jugendlichen die Schaltkästen der EON mit Graffitis gestalten dürfen.“*
- Zwei weitere Bürgermeister bringen zum Ausdruck, dass Auseinandersetzungen auf der Kirmes seit der Einführung des Einsatzes von Security nachgelassen haben.

4.8 Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Schulen des Landkreises Hildburghausen

In Vorbereitung auf den Lokalen Aktionsplan im Landkreis Hildburghausen erfassten wir mit Hilfe von Befragungen (Fragebögen) in Absprache mit dem Schulamt Neuhaus bereits bestehende Strukturen und Projekte an den Schulen des Landkreises.

Im Rahmen der Standort- und Situationsanalyse wurden alle 34 Schulen des Landkreises zu Erfahrungen im Bereich der Demokratie, der Toleranzentwicklung und Weltoffenheit befragt, 19 Fragebögen erhielten wir zurück (8x Regelschule, 2x Gymnasium, 3x Förderschule, 6x Grundschule).

Mittels der Ergebnisse der Befragung prüfen wir anschließend in Vorbereitung auf den Lokalen Aktionsplan die Möglichkeit der Vernetzung verschiedenster Projekte, die Förderung weiterer „guter Ideen“ und den Erfahrungsaustausch.

Unsere Recherche ergab, dass in den letzten Jahren im Landkreis Hildburghausen auf Grund sinkender Schülerzahlen Schulen zusammengelegt und Schulteile geschlossen wurden. Dieser Trend scheint zurzeit gebrochen und wir haben einen stabilen Stand erreicht.

Folgen waren wechselnde Klassenverbände und weitere Schulwege. Diese Probleme scheinen, bis auf kleine Ausnahmen, wie die Auflösung der Linienverkehrskooperation im letzten Jahr, zu Gunsten besserer und wirtschaftlicherer Ausbildungsbedingungen gelöst.

Unsere Befragung zeigte, dass die Schulen unseres Landkreises viele Aktionen und Projekte für die Schüler ihrer Schule anbieten. Teilweise existieren schulübergreifende Projekte, zum Beispiel zwischen Förderschulen, Regelschulen und Gymnasien.

Die Befragung ergab des Weiteren, dass Schulen in den Städten, vermutlich auf Grund der größeren Möglichkeiten, mehr Projekte anbieten, als kleinere Schulen auf dem Land, obwohl sehr viel am Engagement der Schulleitung liegt. Die Angebote reichen von sportlichen und künstlerischen Angeboten über natur- und umweltbezogenen Projekte bis hin zu Geschichts- und Demokratieprojekten.

- ***Aktuelle Projekte an den einzelnen Schulen***

	Regelschule	Gymnasium	Förderschule	Grundschule	Gesamt
Geschichtsprojekt	**8**	**1**	**0**	**0**	**9**
Kulturprojekt	**7**	**2**	**1**	**1**	**11**
Europa Projekt	**2**	**2**	**1**	**0**	**5**
Integrationsprojekt	**3**	**0**	**3**	**3**	**9**
Schüleraustausch	**3**	**2**	**0**	**0**	**5**
Völker-/Nationenprojekt	**5**	**1**	**0**	**0**	**6**
Politikprojekt	**3**	**0**	**0**	**0**	**3**
Wirtschaftsprojekt	**3**	**2**	**0**	**0**	**5**
Anti-Gewalt Projekt	**6**	**2**	**1**	**2**	**11**
Medienprojekt	**5**	**2**	**1**	**0**	**8**
Demokratieprojekt	**5**	**0**	**0**	**0**	**5**
Gesundheitsprojekt	**7**	**1**	**3**	**4**	**15**
Projekt zum Rechtsverständnis	**3**	**1**	**0**	**2**	**6**
Sozialprojekt	**3**	**1**	**0**	**0**	**4**
Familienprojekt	**2**	**1**	**0**	**2**	**5**
Umweltprojekt	**4**	**2**	**1**	**2**	**9**
Religionsprojekt	**1**	**0**	**0**	**0**	**1**
Sonstiges Projekt	**5**	**1**	**2**	**3**	**11**
Gesamt:	**75**	**21**	**13**	**19**	**128**

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
Anzahl (nach Fragebögen)	**8**	**2**	**3**	**6**	**19**
Projekte gesamt	**75**	**21**	**13**	**19**	**128**
Durchschnitt pro Schule	**9,3**	**10,5**	**4,3**	**3,1**	**6,7**
Anteil an Gesamtzahl der Projekte	**58,6**	**16,4**	**10,1**	**14,8**	

Unsere Befragung ergab, dass besonders an den Regelschulen des Landkreises mit Projekten gearbeitet wird.

Beispiele für Projekte

- „Exkursion in den Bundestag“
- „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
- „Umweltschule in Europa“
- „Projekt Netzwerk Demokratie“
- „Theater on Tour“, Kulturexpress Weimar
- „Medienwerkstatt Erfurt“
- „Be smart – don’t start“ (Nichtraucherprojekt)
- „Börsenspiel“
- „Opfer rechter Gewalt“
- „Lebenstüchtig – Lebenssüchtig“, Pubertärer Hürdenlauf
- „Schülerkiosk“ (Wirtschaftsprojekt)

Streitschlichter, Schülergerichte, Kummerkasten oder feste Sprechzeiten der Beratungslehrer sind im Ergebnis der Befragungen noch nicht in allen Schulen vorhanden. Hier wäre nach Einschätzung der Schulleiter eine Verbreitung von positiven Impulsen unter den Schulen wünschenswert. Auch die Möglichkeit der Verbreitung guter Ideen durch die Einführung von Schülerzeitungen und Webseiten, zumindest in allen Regelschulen und Gymnasien des Landkreises, sollte nach Ansicht der Befragten eingeführt werden.

Im Landkreis Hildburghausen gibt es im Moment drei Schulen, die am Projekt *„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“* mitarbeiten:

- Regelschule „Dr. Carl Ludwig Nonne"
- Hennebergisches Gymnasium „Georg-Ernst"
- Gymnasium Georgianum Hildburghausen

- ***„In welchen Bereichen können Schüler mitbestimmen?“***

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
Schülersprecher	8	2	1	4	15
Schülergericht	1	0	0	0	1
Unterrichtsgestaltung	4	0	1	3	8
Freizeitangebote der Schule	7	2	2	5	16
Sonstiges	4	2	0	1	7

- ***„Gibt es an Ihrer Einrichtung folgendes?“***

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
Kummerkasten	4	1	1	2	8
Schülerlotsen	1	0	0	0	1
Streitschlichter	1	1	0	1	3
Eigene Webseite	7	2	3	1	13
Eigene Schülerzeitung	4	2	0	0	6
Schüleraufsicht	1	0	0	0	1
Videoproduktion, Schülerfernsehen	0	1	0	0	1
Schuljugendarbeit	0	0	1	0	1

- ***„Gibt es (feste) Sprechzeiten des Beratungslehrers?“***

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
Feste Sprechzeiten	6	2	1	6	15
Sind allen Schülern diese Daten bekannt?	7	2	2	6	17
Ansprechpartner außerhalb dieser Zeiten	8	2	2	6	18
Weitere Ansprechpartner?	8	2	2	6	18

- ***„Besteht Bedarf an Unterstützung für die Projektdurchführung?“***

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
mit „Ja“ beantwortet	**6**	**0**	**2**	**0**	**8**

- ***„Sind Sie interessiert an einem Erfahrungsaustausch?“***

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
mit „Ja“ beantwortet	**6**	**0**	**2**	**0**	**8**

Unsere Befragung ergab, dass es bereits eine Vielzahl an Kooperationen zwischen einzelnen Schulen gibt, zum Beispiel mit der Albert Schweitzer Förderschule, den Regelschulen Veilsdorf und Schleusingen oder dem Hildburghäuser Bildungszentrum e. V.

- ***„Gibt es Erfahrungen im Umgang mit Migranten?“***

Schulart	RS	Gym	FS	GS	
positive	**3**	**2**	**2**	**2**	**9**
negative	**1**	**0**	**1**	**1**	**3**

Wir erhielten folgende Äußerungen zu negativen Erfahrungswerten:

- *„Es existiert vielmals ein Sprachproblem, wenn die ausländischen Schüler noch kein Wort in der deutschen Sprache kennen.“*
- *„In manchen Fällen wird einer Zusammenarbeit mit der Schule verweigert.“*
- *„Oftmals sind die Schüler sehr aggressiv.“*
- *„Die Schüler werden sich teilweise selbst überlassen, finden zu Hause keine Unterstützung.“*
- *„Es gibt teilweise wenige Bemühungen der Eltern, den Kontakt zur Schule aufzunehmen.“*
- *„Zuhause wird oftmals nur in der Muttersprache gesprochen.“*

Festgestellt durch Befragung von Schülern und Lehrern und Institutionen, wurde eine Zunahme der Gewalt an Schulen im Landkreis Hildburghausen genannt.

Hier gibt es laut Aussagen der Polizeiinspektion Hildburghausen eine hohe Dunkelziffer. Insbesondere psychisch ausgeübte Gewalt durch Mobbing oder die Ausnutzung der „Neuen Medien“ spielen hier vermutlich eine größere Rolle. Das darf nicht toleriert werden, schließlich sind diese tolerierten „Tätlichkeiten“ eine Vorstufe zu später stärker ausgebauter Kriminalitätsaffinität. Gewalt wird „normal“, „es passiert ja nichts!“ sind oft Meinungen der Schüler. Bei psychisch „labilen“ Kindern und Jugendlichen kann dies aber teilweise zu Depressionen, Lernunwilligkeit und einem verminderten Selbstwertgefühl führen.

Nach Einschätzung der befragten Schulleiter gilt es hier aufzuklären und den Anfängen früh Einhalt zu gebieten. Dazu ist eine gute Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Institutionen notwendig und die Eltern sind einzubeziehen. Miteinander statt gegeneinander, „Respekt statt Gewalt“.

Ein durch Befragungen von Schülern und Lehrern aufgetretenes Problem ist der Umgang mit den neuen Medien. Die Schüler sind den Lehrern meist weit voraus. Eltern und Lehrer verkennen oft die Gefahren der Nutzung ohne entsprechende Kontrollen oder Schulungen zum Umgang mit Facebook und anderen „Sozialen Netzwerken“. Cybermobbing Studien ergaben, dass bereits 36 % der Jugendlichen Opfer von Cybermobbing-Attacken sind und 21 % könnten sich vorstellen, als Täter im Netz aufzutreten. Beleidigung, Nötigung, Identitätsdiebstahl und weitere Aktivitäten sind hier zu nennen.

Unsere Befragungen ergaben, dass hier Aufklärung an den Schulen notwendig erscheint, Projekte (Film-/Medienprojekte) und Weiterbildung für Lehrer und Erzieher könnten hier helfen. So bietet der Landesfilmdienst beispielsweise eine Schulung zum Thema „Cybermobbing – Bedrohung aus dem Internet“ an.

Nach Ansicht der Befragten wären Workshops, Projekte und Toleranzschulungen als präventive Maßnahmen und ein funktionierender Informationsfluss zwischen den an der Erziehung Beteiligten sehr hilfreich.

Für den Landkreis Hildburghausen liegen keine aktuellen Zahlen vor.

5. Empfehlungen zur Umsetzung des Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Landkreis Hildburghausen

---

Die vorliegende aktuelle Standort- und Situationsanalyse und die Aussagen der Mitglieder der Steuerungsgruppe dienen als Grundlage für den Lokalen Aktionsplan Hildburghausen, der entsprechend der Zielstellungen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit entwickelt wird. Sie wurde von der externen Koordinierungsstelle, dem Hildburghäuser Bildungszentrum e. V., erarbeitet.

Die Befragungen und Interviews geben einen repräsentativen Querschnitt über die Situation im Landkreis Hildburghausen, über Einstellungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger.

Nach unserer Einschätzung sollte der nun zu erstellende Lokale Aktionsplan für den Landkreis Hildburghausen von Beginn an auf folgende **Schwerpunkte** orientieren:

- Stärkung der Vor-Ort-Tätigen durch die Initiierung geeigneter Projekte
- Unterstützung der ehrenamtlichen und professionellen Tätigkeiten als zivilgesellschaftliche Schlüsselressourcen

Unsere Recherche im Landkreis führte zu folgenden **Ergebnissen**:

- Der Rechtsextremismus stellt im Landkreis Hildburghausen kein gravierendes Problem dar, die Problematik ist ähnlich gelagert wie im gesamten Raum des Freistaates Thüringen und der Bundesrepublik. Rechtes Gedankengut ist vorhanden und es agiert eine „kleine rechte Szene“. Die Gewaltbereitschaft bei dieser Gruppe ist relativ gering ausgeprägt.

- Das Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger ist ähnlich ausgeprägt wie in ganz Thüringen und im ganzen Land, es spiegelt sich in einer geringen Wahlbeteiligung nieder.

- Die Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in den Städten und Gemeinden aktiv und zeigen ein hohes Engagement in Vereinen und Verbänden.

Die im Folgenden benannten **Empfehlungen** an den Begleitausschuss greifen die Leitlinien des Landesprogramms auf und konkretisieren sie für die Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Landkreis Hildburghausen.

Zu den empfohlenen Zielen und Maßnahmen, die im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes angestrebt werden, und beispielsweise durch Projekte realisiert werden können, gehören nach unserer Analyse in Hinblick auf die Entwicklung im Landkreis unter anderem:

- Zu den Themen “Antisemitismus”, “Fremdenfeindlichkeit”, “Diskriminierung” und “Rechtsextremismus” wie zu “Herausforderungen an eine Demokratieerziehung” soll ein gemeinsames Verständnis gestärkt werden.
- Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung zu den Themen “Bekämpfung des Rechtsextremismus”, “Leben in interkultureller Vielfalt”, “Migration”, zum “Erlernen demokratischer Verhaltensweisen” u. a. sollen verstärkt und gefördert werden.
- Durch die Arbeit in den Vereinen sollen die Kontakte zwischen Menschen unterschiedlichster Kulturen/Religionen weiter ausgebaut werden.
- Besonders gefährdeten Gruppen sollen Maßnahmen zu Strategien gewaltfreier Konfliktlösung, zur Selbstverteidigung und zum Empowerment angeboten werden.
- In Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren Vereinen und Verbänden sollen demokratische und integrierende Haltungen entwickelt und gefördert werden.
- Die Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Akteure muss ressortübergreifend gestärkt werden. Mehr Transparenz kann hier neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzeigen. (Zusammenarbeit der Schulen untereinander bzw. zwischen den Schulen und der Polizei).

Wir empfehlen dem Begleitausschuss, oben genannte Schwerpunkte bei der Entwicklung des Lokalen Aktionsplans für den Landkreis Hildburghausen zu berücksichtigen.

Hildburghausen, Januar 2012